

sprechen. Es dürfte nach der ausreichenden Vorarbeit Papst Pius' XII., vieler Moraltheologen, Soziologen und Publizisten nicht so schwer sein, daß das Konzil die Irrtümer der Zeit treffend kennzeichnet, die alle mit der Ausbildung und den Kinderkrankheiten einer technischen Gesellschaft zusammenhängen. Die Schwierigkeiten kommen hier sehr viel eher von der mangelnden Vorbereitung der Gläubigen, diese Irrtümer einzusehen, in denen sie selber täglich mit großer Selbstverständlichkeit ihren „religiösen Pflichten“ nachkommen. Statt auf Informationen aus den Konzilskommissionen zu warten, sollten wir alle, Klerus und Gläubige, uns fragen, wie weit unsere Predigten bzw. unsere Bereitschaft zum Hören der Predigten die feste Entschlossenheit verraten, nicht nur eine Erbauung zu geben oder zu empfangen, die das Leben in der Welt keiner durchgreifenden Veränderung unterzieht. Suchen wir ernsthaft eine Erneuerung der Kirche? Wenn sich nicht ein Umschwung auch von unten her anbahnt, wird ein Konzil von oben her mit seinen Entscheidungen nicht sehr viel ausrichten. Neue Canones machen noch keine anderen Sitten, und die Kirche hat heute nicht mehr einige Jahrhunderte Zeit, wie nach dem Tridentinum, um die Erneuerung allmählich ins Werk zu setzen. Mit Gesetzen und neuer Disziplin, so notwendig sie auch sein mögen, ist allein nichts mehr auszurichten.

Die Befürchtungen, das Konzil könnte eine Enttäuschung werden, müssen in der Tat ernst genommen und vom Gebet der Gläubigen angegangen werden. Aber leiden diese gescheiterten Sorgen nicht selber an den Einseitigkeiten des katholischen Systems, wenn sie die Rettung von oben her erwarten? Die Heiligen haben immer von unten her das Angesicht der Kirche verwandelt, denn nur selten wurden sie an die Spitze der Kirche berufen. Bei den Pionieren der katholischen Sozialbewegung oder der Liturgischen Bewegung war es nicht anders. Aber kamen sie nicht meistens ein wenig zu spät, und brauchte es nicht viel zu lange Zeit, bis sie mit ihrer guten Sache die Verantwortlichen in der Kirche überzeugen konnten? Ist nicht ein wichtiges Element der vom Papst gewünschten „Anpassung“ vor allem auch, daß wir in der Pastoral Schritt fassen lernen mit dem ungewöhnlichen Tempo des technischen Zeitalters, wenn die Menschen nicht ratlos werden sollen? Müßten wir nicht auf allen Stufen kirchlicher Verantwortung jenes Tempo erlernen, das einen Apostel Paulus in wenigen Jahren durch den damaligen Orbis romanus getrieben hat und einen Franz Xaver bis an die Grenzen der entdeckten Erde? Es gehört sicher mit zu der vom Papst gewünschten höchsten Sorgfalt der Konzilsvorbereitungen, daß diese zügig voranschreiten in der Eile, zu der dieser greise Papst antreibt, denn er sieht, was auf dem Spiele steht. Immer wieder begegnet einem die billige Weisheit von der Kirche, die Zeit hat. Sie ist ein Irrtum, eine Häresie der Trägheit und mangelnder Wachsamkeit. Die letzten Päpste sind mahnende Zeugen dafür, daß die Kirche nicht unbegrenzt Zeit hat, weil es ein Zu-spät gibt. Die Gebetsmeinung für den Monat Januar sollte vor allem dies bedenken und alle Hemmungen, Kurzsichtigkeiten und bewußten Widerstände gegen eine Erneuerung der Kirche beseitigen helfen. Die Vorbereitungen zum Konzil haben es erwiesen, daß eine Fülle der Einsicht überall vorhanden ist, daran fehlt es nicht. Es fehlt aber noch an der Bereitschaft, mit dem Eifer des obersten Hirten Schritt zu halten, es fehlt an dem Mut, der die bewährte müde Skepsis und das Mißtrauen überwindet. Dafür sollten wir beten.

Die Allgemeinen Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters für 1962

Januar: Daß das Ökumenische Konzil mit größter Sorgfalt vorbereitet werde (Ut praeparatio ad Oecumenicum Concilium summa cum diligentia procedat).

Februar: Daß die Gläubigen in den Schwierigkeiten unserer Zeit mehr beten (Ut christifideles inter praesentis vitae sollicitudines frequentius orationi vacent).

März: Daß ein dem Sittengesetz wieder entsprechendes Leben der Gläubigen dazu führe, die ganze Menschheit in Christus zu erneuern (Ut reformatio morum christifidelium ad christianam instaurationem humanae communitatis conducatur).

April: Daß alle Kranken Trost und Stärke im christlichen Glauben und in der christlichen Hoffnung finden (Ut omnes aegroti in fide et spe christiana solacium et confirmationem inveniunt).

Mai: Daß die Katholiken und die getrennten Christen sich einander mit stets größerer Hochschätzung begegnen, einander immer besser kennenlernen und dadurch der Weg zu wahrer Einheit geebnet werde (Ut maior aestimatio et accuratior cognitio inter catholicos et christianos separatos viam ad veram unitatem sternat).

Juni: Daß alle in Christus Getauften bereitwilliger den Einsprechungen des Heiligen Geistes Folge leisten (Ut omnes in Christo baptizati Spiritus Sancti motionibus libentiore animo obsecudent).

Juli: Daß alle Konzilsteilnehmer mit dem Licht von oben erfüllt werden (Ut omnes, qui Concilio intererunt, superno lumine impleantur).

August: Daß alle Christen durch inständiges Gebet und körperliche Bußübungen die Konzilsarbeiten unterstützen (Ut omnes christiani fragranti prece et voluntariis corporis afflictationibus Concilii opus adiuvent).

September: Daß die Konzilsarbeiten gut vorangehen und zu dem gewünschten Ziel führen (Ut labores Oecumenici Concilii feliciter procedant atque ad optatum exitum perveniant).

Oktober: Daß durch das unfehlbare Lehramt des Zweiten Vatikanischen Konzils die Irrtümer und Gefahren für Glaube und Sitte von allen klarer erkannt werden (Ut per magisterium infallibile Concilii Vaticani II errores et pericula contra fidem et mores clarius omnibus innotescant).

November: Daß der Heilige Vater unter dem besonderen Beistand des Heiligen Geistes das Konzil klug und fest leite (Ut Summus Pontifex, peculiari auxilio Spiritus Sancti donatus, sapientissime ac validissime Concilio Oecumenico praesideat).

Dezember: Daß das Zweite Vatikanische Konzil ein herrliches Zeugnis für die Wahrheit, Einheit und Liebe der Kirche sei (Ut Concilium Vaticanum II mirabile ecclesiae veritatis, unitatis caritatisque testimonium praebear).

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Linzer Stadtmission

Vom 11. März bis 2. April 1961 wurde in Linz, der Hauptstadt Oberösterreichs, Volksmission („Stadtmission“) gehalten. Nach den Erfahrungen in anderen österreichischen und deutschen Städten, insbesondere in München 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 439 ff.), war man sich von vornherein im klaren, daß heutzutage kein Massenzustrom zur Volksmission wie in früheren Zeiten zu erwarten ist. Um

so sorgfältiger wurden daher schon in der Vorbereitung alle Möglichkeiten sowohl des Priester- als auch besonders des Laieneinsatzes, der Schulung, Werbung und Information herangezogen.

Das soziale Milieu der Stadt Linz

Mit den Vorbereitungen hatte der Diözesanbischof, Dr. Franz Zauner, schon zwei Jahre vorher begonnen. Soziologische Untersuchungen sollten ein genaues Bild der sozialen und religiösen Lage der Stadt und ihrer Zusammenhänge vermitteln. Dies war um so wichtiger, als keine andere Stadt Österreichs in den letzten 25 Jahren eine so starke Änderung ihres wirtschaftlichen und sozialen Gefüges erfahren hat. Die längste Zeit war Linz die Hauptstadt eines wesentlich agrarischen, konservativen Landes, dem Gepräge nach eher eine Mittelstadt mit bescheidener Industrie (1934: 75 Mittel- und Großbetriebe mit zusammen 7600 Beschäftigten), trotz der 120 000 Einwohner im Jahre 1938. Seither ist die Stadt durch die Gründung der Hochöfen und Stahlwerke (der heutigen VOEST), der Stickstoffwerke und verschiedene andere Betriebe sprunghaft und unorganisch auf nahezu 200 000 Einwohner angewachsen. Neben den Zuwanderern aus der näheren und weiteren Umgebung der Stadt waren es nach 1945 in hohem Maße deutsche Heimatvertriebene aus Böhmen und Mähren und dem Südosten, die hier eine neue Existenz fanden und zunächst die während des Krieges für die Fremdarbeiter errichteten Barackenlager bewohnten und zum Teil noch bewohnen. Viele, die in Linz Arbeit fanden, konnten hier nicht einmal die bescheidenste Unterkunft finden: von den 114 000 in Linz Beschäftigten sind 28 000 Pendler, davon 22 500 Tagespendler und 5500 Wochenendpendler. Trotz der intensiven Bautätigkeit — neben ebenerdigen, halb bäuerlichen Häusern erheben sich riesige Wohnblöcke und moderne Hochhäuser — besteht keine Aussicht, im kommenden Jahrzehnt das Wohnungsproblem zu lösen. Es ist klar, daß eine so große Änderung der sozialen Struktur auch große seelsorgliche Probleme mit sich bringt, nicht bloß die Notwendigkeit, neue Pfarren zu errichten, was größtenteils geschehen ist. Von den 21 Pfarren der Stadt sind zehn erst nach 1938 errichtet worden.

Was den Besuch des Sonntagsgottesdienstes betrifft, ergab eine Zählung im November 1959, daß von den 134 100 Verpflichteten (164 100 Katholiken, davon abgerechnet die vorschulpflichtigen Kinder und 10% Entschuldigte) nur 26,9% diese Pflicht erfüllen; von der männlichen Bevölkerung 20,4%, von der weiblichen 32,5%.

Den Altersschichten nach ergab sich folgendes Bild:

	männl. Bev.	weibl. Bev.
	%	%
6 bis 10 Jahre	33,0	39,0
10 bis 14 Jahre	43,5	50,8
14 bis 18 Jahre	30,8	40,0
18 bis 30 Jahre	16,4	26,2
30 bis 50 Jahre	15,8	25,6
50 bis 60 Jahre	17,4	35,2
60 bis 65 Jahre	22,7	43,5
65 bis 70 Jahre	26,2	51,0

Hinsichtlich der sozialen Schichtung ist hervorzuheben, daß von den Arbeitern nur 9,8%, von den Arbeiterinnen 20,6% Dominicans sind.

Ein weiterer Unterschied ergibt sich nach der Herkunft der heutigen Linzer Bevölkerung: die gebürtigen Linzer erfüllen zu 25% ihre Sonntagspflicht, die aus dem Land

Oberösterreich Zugezogenen zu 35%, die aus dem übrigen Österreich Zugezogenen zu 23%, die im Ausland Geborenen zu 25%.

Vorbereitungen und Laieneinsatz

Eine Großstadt-Mission kann heute nicht mehr ohne eine große Anzahl Laienhelfer durchgeführt werden, welche die Einladungen und Missionsschriften persönlich in die Haushalte bringen und dabei mit den Leuten ins Gespräch zu kommen suchen (Wohnviertelapostolat). Es gelang in Linz, 3000 solcher Helfer zu gewinnen. Das ist im Verhältnis mehr als in München, wo 10 000 Helfer für die 1 000 000 Einwohner gewonnen wurden. Von den 3000 besuchten 1300 auch die vier Schulungsvorträge, etwa 1000 waren Männer. Am St.-Michaels-Tag 1960 (29. 9.) erhielten sie von ihrem Bischof in einer besonderen Feier den Sendungsauftrag. Sie hatten ihren bestimmten Sprengel und ihre regelmäßigen Besprechungen, wobei die an die Sprengelleiter zugesandten Informationsblätter wichtige Dienste für die Vertiefung der apostolischen Gesinnung und die konkrete Durchführung boten. Dreimal (November, Jänner und März) brachten sie die modern aufgemachte Missionszeitung in 85 000 Exemplaren in die Wohnungen. Für die Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe wurde eine besondere Betriebszeitung mit einer Auflage von 12 000 Stück hergestellt und durch die katholischen Werksgemeinschaften, hauptsächlich KAB und KAJ, verteilt. Dabei ergaben sich relativ viele Kontakte und Fragen. Die Atmosphäre, in der sich dies abspielte, war keineswegs unfreundlich. Es zeigte sich — was auch der Bericht des Instituts für Kirchliche Sozialforschung über die Situation der Kirche in Österreich festgestellt hat (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 52 ff.) —, daß in den neuentstandenen Industriegebieten keine so starke antikirchliche Haltung vorhanden ist wie in den alten Gebieten, etwa Wien oder Obersteiermark, wo die Sozialdemokratische Partei ihre Leute jahrzehntelang entsprechend erzogen hat.

Außer den Zeitungen machten knapp vor Beginn der Mission in den Straßen Plakate mit einem großen roten Kreuz in moderner Gestaltung und in den Kinos vor etwa 80 000 Besuchern ein kurzer Film auf die Mission aufmerksam. Auf alle Weise wurde die Kirche präsent gemacht. Kein Linzer konnte an der Mission einfach vorbeigehen, jeder wußte, daß jetzt Mission ist.

Sehr wichtig für eine Mission ist der rechtzeitige Kontakt zwischen Pfarrklerus und den Missionaren, um die Missionare stärker auf die besondere Situation der Pfarre, in der sie predigen sollten, hinzulenken. In diesem Sinne wurde am 10. Jänner ein „Tag der Begegnung“ abgehalten.

Zur Vorbereitung der Mission wurde außerdem einen Monat vorher mit Gebetsabenden im kleinen Kreis, meist in den Familien, begonnen. Dazu wurden 1500 Marienbilder ausgegeben und zum Teil von Familie zu Familie getragen.

Die Vormission

Die Mission war in eine sogenannte „Vormission“ in außerkirchlichen Räumen in der Zeit vom 11. bis 18. März und in die eigentliche Predigtmission vom 18. März bis 2. April gegliedert. Bei jeder Veranstaltung wurden die Besucher gezählt. In der Vormission wandte man sich an bestimmte, vor allem führende Berufsgruppen, ferner an die Krankenschwestern, an die Pendler, die Berufsschüler und an die Schüler von zwei staatlichen Mittelschulen (an

alle sich zu wenden, war aus Mangel an Kräften nicht möglich).

Bei den führenden Berufsgruppen wurden folgende Besucherzahlen erreicht:

1. *Medizin und Naturwissenschaft* (Vortragende: Univ.-Prof. Hans *Tuppy*, Wien, Univ.-Prof. Felix *Mainx*, Wien, Univ.-Prof. M. *Marlet* SJ, Nijmegen): 150 am ersten Abend, 200 am zweiten Abend. Der Anstieg der Besucherzahl zeigt, daß sich die Veranstaltung herumgesprochen hatte und positiv beurteilt wurde.

2. *Recht, Verwaltung und Politik* (Msgr. Otto *Mauer*, Wien): 150 und 300.

3. *Schule und Erziehung* (Univ.-Prof. Georg *Hansemann*, Graz): 580 und 700.

4. *Wirtschaft und Technik* (Prof. H. J. *Wallraff* SJ, Frankfurt a. M.): jedesmal 150.

5. *Kunst* (Diego *Goetz* OP, Wien): 250 (ein Vortrag).

Wenn man in Rechnung stellt, wie gering in ganz Europa die bewußten Katholiken in den Sparten Naturwissenschaft, Wirtschaft und Technik vertreten sind (weil sich ihre Interessen bekanntlich mehr auf die historisch-humanistischen Fächer richten) und welch starke liberale, kirchenfremde Tradition in den Akademikerkreisen nicht nur in Österreich vorhanden ist, dann sind diese Teilnehmerzahlen als recht beachtliche Erfolge anzusehen.

Wichtig ist ferner die Erfahrung, daß eine beruflich homogene Gruppe wesentlich besser anzusprechen ist, weil man konkreter auf ihre Probleme und Fragestellungen eingehen kann.

Ferner wurden besondere Vorträge veranstaltet für Ordensschwwestern (Teilnehmerzahl 150 und 100), für die weltlichen Schwestern (60 und 30), die Hausgehilfinnen (jedesmal 300), die Pendler (vier Abende, ansteigend von 100 auf 240; Sprecher: P. *Teufel*).

Die Berufsschüler wurden vor die Wahl gestellt, entweder den planmäßigen Schulunterricht zu besuchen oder zum Missionsvortrag zu gehen (8 bis 10 Uhr vormittags). 3900 Burschen (das sind 85 %) und 2100 Mädchen (das sind 95 %) entschieden sich für die Teilnahme am Missionsvortrag. Man kann gewiß sagen, daß die Teilnehmerzahl weit geringer gewesen wäre, wenn der Besuch des Vortrages ein Opfer an Freizeit für die Jugendlichen bedeutet hätte. Immerhin zeigen die hohen Teilnehmerzahlen, wie wenig bewußte Gegnerschaft zu Religion und Kirche heute vorhanden ist (und wie leicht beeinflussbar die Jugendlichen sind).

Religiöse Schulwochen

Die an zwei staatlichen (konfessionell gemischten) Mittelschulen abgehaltenen „Religiösen Schulwochen“ hatten ein sehr starkes Echo. Drei Jesuitenpatres (Erich *Maier*, F. E. *Häbn*, Fr. *Grimeisen*) sprachen täglich am Vormittag je eine Stunde zu den drei Altersgruppen, in die man die acht Schulstufen zusammengefaßt hatte. Die übrigen Stunden war normaler Unterricht. Vielfach schlossen sich an die Vorträge spontane Diskussionen unter den Schülern an, gelegentlich wurde auch eigens am Nachmittag eine Diskussion abgehalten. Da und dort, doch selten gab es Opposition. Im ganzen betrug die Teilnahme über 95 %. (Wer nicht teilnehmen wollte, hatte deswegen nicht schulfrei.) Als dann die Eltern gesondert zu einem „Elternabend“ eingeladen wurden, zeigte sich, daß die aufgeworfenen Fragen nicht bloß die Schüler, sondern auch die Eltern stark beeindruckt hatten. Für die evangelischen

Schüler der beiden Anstalten führte die evangelische Kirche zur selben Zeit eine religiöse Woche durch.

Die Predigtmission

Vom 16. bis 18. März wurde für die Volks- und Hauptschüler (6- bis 14jährige) Mission gehalten; wie man an ihrer Haltung erkennen konnte, mit gutem Erfolg.

Am 18. 3. abends begann die eigentliche Predigtmission für die Erwachsenen. Sechzig Missionare verschiedener Missionsgesellschaften waren in den 21 Pfarren eingesetzt. Schwerpunkt war jeweils die Predigt und Andacht am Abend. Nachmittags wurde dieselbe Predigt für die Hausfrauen und alten Leute, die abends nicht kommen konnten, gehalten. Auch bei den Frühmessen waren kurze Ansprachen.

In der ersten Woche (Wochentage allein) betrug die Teilnehmerzahl, alle Pfarren zusammengenommen, von Tag zu Tag variierend, jeweils 13 000 bis 17 000. In der zweiten Woche waren es in der ersten Hälfte 13 000 bis 15 000, in der zweiten Hälfte, den Kartagen, 17 000 bis 20 000. Die Besucherzahl an den Kartagen hätte natürlich auch ohne Mission zugenommen. Sie war aber deutlich größer als in früheren Jahren (genaue Vergleichszahlen liegen jedoch nicht vor).

An den drei Sonntagen wurden folgende Besucher gezählt: am Passionssonntag 49 200 (= 36,7 % der 134 100 Verpflichteten), am Palmsonntag 63 700 (= 47,5 %) und am Ostersonntag 58 600 (= 43,7 %). Auch hier gibt es keine Vergleichszahlen früherer Jahre, denn der Zählsonntag im Herbst 1959, der 36 100 ergab, war ein gewöhnlicher Sonntag. Doch sind auch ohne exakte Vergleiche diese hohen Besucherzahlen offensichtlich ein Indiz für den Erfolg der Mission. Eine weitere Zahl kommt hinzu: In der Zeit vom 12. 3. bis 9. 4. sind 40 000 Erwachsene und 15 000 Kinder zur Beichte gegangen.

Die Standeslehren wurden von 5100 Burschen und Männern (= 12,2 % der in Betracht Kommenden) und von 12 800 Mädchen und Frauen (= 27,7 %) besucht, zusammengenommen von 19,5 %. Das ist relativ wenig.

Außer den Predigten und Andachten in den Pfarrkirchen wurde als eine Art Experiment in den Betrieben selbst, im Fabrikraum, Predigt und Messe gehalten, und zwar in vier Betrieben nach Arbeitsschluß, der etwas vorverlegt wurde, mit einer Teilnehmerzahl von zusammen 700. Die Präsenz der Kirche im Industriemilieu ist eben trotz mancher Ansätze recht gering.

Ferner wurde eine Spitalmission durchgeführt: Vier Kamillianerpatres — der Orden ist bekanntlich auf die Krankenseelsorge spezialisiert — suchten im Laufe von zwei Wochen 11 Spitäler und Altersheime auf und erreichten, daß von den 4000 Patienten etwa 70 bis 80 % die Mission tatsächlich mitmachten.

Von den Fernstehenden wurden in den Stadtrandpfarren, wo viele neue Zugezogene wohnen, einige erreicht, im Stadtzentrum aber fast niemand. Immerhin sind 200 Ausgetretene zur Kirche zurückgekehrt, und 100 Ehen wurden in Ordnung gebracht.

Hausbesuche der Priester konnten naturgemäß nur in beschränktem Umfang gemacht werden. Immerhin waren es 800.

So bestätigt die Linzer Stadtmission die in anderen Städten gemachte Erfahrung: es ist kein Massenandrang mehr zu erwarten. Der außergewöhnliche Appell, die intensive Werbung und die neuen Prediger durchstoßen nicht die weltanschauliche Gleichgültigkeit des täglichen Lebens in

unserer saturierten Wohlstandsgesellschaft. Die Fernstehenden bleiben, von einzelnen Fällen abgesehen, auch weiterhin der Kirche fern. Diejenigen, die gelegentlich einmal in die Kirche gehen, vielleicht zu den heiligen Zeiten („Saisonkatholiken“), kommen in größerer Zahl als sonst, wobei es freilich ganz ungewiß ist, wieviel von der neu geweckten religiösen Haltung bleibt. Ob sich daraus eine Steigerung der Zahl der Dominicantes ergibt, kann erst später beurteilt werden. Auf jeden Fall aber ist das Kirchenbewußtsein der bisherigen Dominicantes vertieft worden. Ein weiterer sehr hoch einzuschätzender Gewinn ist die Aktivierung der Kerngruppen in den Pfarren: der erwähnten 3000 in 21 Stadtpfarren. Die bei der Mission praktisch betätigte Sorge um die anderen kann wohl durch ähnliche Aufgaben weitergeführt werden. Hier liegt offenbar der Ansatzpunkt für die Erneuerung der Pfarre.

Erfahrungen Geschiedener in Österreich

Die Ehescheidung, früher einmal ein vereinzelter, seltener Fall, ist heute weithin eine Selbstverständlichkeit geworden, mit der man sich anscheinend abgefunden hat. Gerade deshalb ist es immer wieder nötig, sich angesichts der heutigen Scheidungsmanie die Frage vorzulegen, was getan werden kann, daß einmal geschlossene Ehen nicht endgültig zerbrechen. Einen Weg weist Theodor Blieweis in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Ehen, die zerbrachen — Bekenntnisse Geschiedener“ (Verlag Herold, Wien 1960, 170 S.), das einen Blick hinter die Kulissen der zerbrochenen Ehen öffnet und in der Ehe gescheiterte Menschen erzählen läßt, was im einzelnen die Ehe verunglücken ließ und wie sie nun selber über das Geschiedensein denken. „Denn anders sieht eine Tat vor ihrer Durchführung aus, anders danach.“

Das Material für seine Untersuchung lieferte Blieweis das Ergebnis einer Umfrage an Geschiedene, die er mit Hilfe der Presse in Österreich veranstaltete. In weltanschaulicher Hinsicht war die Mehrzahl der Blätter, die den Fragebogen veröffentlichten, neutral, ein Wochenblatt war ausgesprochen kirchlich und eine Tageszeitung christlich eingestellt. 75 Prozent der beantworteten Fragebogen kamen entsprechend auch von Lesern neutraler Blätter, und zwar dank der weiten Streuung der Umfrage aus allen österreichischen Bundesländern.

Insgesamt gingen 202 Antworten ein, davon 80 aus Wien, 119 aus dem übrigen Österreich und drei aus dem Ausland. Wenn man in Betracht zieht, daß sich eine Umfrage an Geschiedene nur an einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz der Leser einer Zeitung richtet und daß die meisten der Betroffenen sich gerade in diesem Fall in Schweigen hüllen, dann ist die Zahl der Antworten nicht gering zu werten.

Kinderzahlen und Dauer der Ehen

Die Antworten wurden von 45 Männern, 156 Frauen und einem Jugendlichen gegeben. Das Zahlenverhältnis ist nicht verwunderlich, da die Frau in den meisten Scheidungsfällen der leidtragende Teil ist. Von den 202 Fällen sind 109 nach der Scheidung allein geblieben. Davon geben sechs ausdrücklich an, daß sie gerne nochmals heiraten möchten, falls sich Gelegenheit bietet, drei leben in eheähnlichen Verhältnissen, sieben haben sich wieder ausgesöhnt. 45 Geschiedene haben sich wiederverehelicht. Weiterhin haben 15 Verheiratete geschrieben, elf in Schei-

dung Begriffene, sieben, die trotz schwieriger Situation durchgehalten haben, während zehn keinerlei Angaben über ihren Familienstand machten. 27 betonten, daß sie den Schritt zur Scheidung bereuen, 30 versicherten, daß sie die Scheidung in keiner Weise bereuen. Die übrigen haben sich darüber nicht geäußert.

Interessant ist die Zahl der Kinder in den geschiedenen Ehen: 108 Ehen waren kinderlos, 27 hatten ein Kind, 15 Ehen zwei Kinder, ebenfalls 15 Ehen drei Kinder, eine Ehe vier, zwei Ehen fünf, eine Ehe sieben und eine Ehe zehn Kinder. In Prozent ausgedrückt, waren 63 Prozent kinderlos, 16 Prozent hatten ein Kind, 8,8 Prozent zwei Kinder. Faßt man die kinderlosen und die Ehen mit nur einem Kind zusammen, ergibt das 79 Prozent der geschiedenen Ehen. Die amtliche Untersuchung des österreichischen Statistischen Zentralamtes gibt für diese Kategorien 77 Prozent an. Beide Untersuchungen zeitigen also ungefähr das gleiche Ergebnis: mehr als drei Viertel aller geschiedenen Ehen sind kinderlos oder haben höchstens ein Kind.

Es wäre aber irrig, auf Grund dieses Ergebnisses anzunehmen, diese Ehen seien bereits in den ersten Jahren ihres Bestandes wieder geschieden worden. Die durchschnittliche Dauer der geschiedenen Ehen beträgt nach den Berechnungen von Fachleuten neuneinhalb Jahre. Bei der Fragebogenaktion von Blieweis gaben 88 genaue Auskunft über die Dauer ihrer Ehe. Das ergibt folgendes Bild:

Ehedauer		Ehedauer		Ehedauer	
Jahre	Anzahl	Jahre	Anzahl	Jahre	Anzahl
1	2	10	2	20	4
1½	1	11	1	21	7
2	4	12	2	22	2
3	3	13	2	23	1
4	4	14	3	24	3
5	2	15	5	25	3
6	6	16	0	26	1
7	12	17	2	27	3
8	5	18	1	30	1
9	2	19	3	32	1

Auffallend in dieser Statistik ist das Ansteigen der Scheidungen nach sieben und 21 Ehejahren. Das kann hier rein zufällig sein. Man spricht zwar von einem Sieben-Jahre-Rhythmus der Ehe, in dem die Partner angeblich in besonderer Weise krisenanfällig sein sollen, diese Annahme läßt sich aber auf Grund der Scheidungsstatistiken in den einzelnen Ländern nicht beweisen.

Die Scheidungsgründe

Die Auswertung der Antworten auf die Frage nach dem Scheidungsgrund ergibt ein völlig anderes Bild als die Angaben der amtlichen Statistik, ohne daß diese dadurch entwertet würden. Während bei der privaten Umfrage die tatsächlichen Scheidungsgründe angegeben wurden, erfaßt die amtliche Statistik nur die gesetzlichen Scheidungsgründe, wie sie in den Scheidungsurteilen zutage treten. So erscheint in der amtlichen Statistik in Österreich für die Jahre 1950—1957 Ehebruch als Scheidungsgrund nur in sechs Prozent der Fälle, während jeder, der nur ein wenig Einblick in die brüchigen Ehen seiner Umgebung hat, weiß, daß die eheliche Untreue den tatsächlichen Grund für die Mehrzahl der Scheidungen oder Ehekrisen darstellt. Vielfach sind die vor Gericht angegebenen Scheidungsgründe fingiert und schon vorher in gemein-

samer Absprache festgelegt. Die Umfrage von Blieweis erlaubt folgende Aufschlüsselung der Scheidungsgründe: 111 Fälle wegen ehelicher Untreue (wobei 101 Männer und 10 Frauen des Ehebruchs beschuldigt wurden), 12 Fälle wegen Trunksucht und daraus sich ergebender Gewalttätigkeit, 4 Fälle wegen Brutalität, 4 Fälle wegen seelischer Grausamkeit, 4 Fälle wegen Vermögensvergeudung, 3 Fälle wegen Verweigerung des ehelichen Verkehrs, 3 Fälle wegen tyrannischen Verhaltens, 3 Fälle wegen ansteckender Geschlechtskrankheiten, 3 Fälle wegen andauernder Hetze der Schwiegermutter, je 2 Fälle wegen verschiedener Auffassungen über das Wesen der Ehe (Kind!), wegen Arbeitsscheu des Mannes, wegen böswilligen Verlassens der Familie, je ein Fall wegen Sadismus, Spielwut, vorzeitigen Eintritts der Impotenz des Mannes, wegen dauernder Impotenz, Nichtvollzugs der Ehe, vereinbarter Josepsehe und ihren Folgen, Geisteskrankheit der Frau, zu großen Bildungsunterschieds, völliger Entfremdung durch jahrelange Trennung (Krieg), wegen Furcht und Zwang bei der Eheschließung, Hetze „guter Freunde“, ständiger Eifersucht der Frau, erschwindelten Eheabschlusses durch unrichtige Angaben (geheimgehaltene Schwangerschaft durch einen anderen). In 37 Fällen wurden keine Angaben zu den Scheidungsgründen gemacht.

Die Situation nach der Scheidung

Wenn Menschen eine Scheidung anstreben, so sehen sie vor allem die scheinbare Untragbarkeit der gegebenen Situation, also des gemeinsamen Lebens in der Ehe, vor sich. Die andere Situation, das Geschiedensein, haben sie noch nicht erlebt. Es ist nun sicher wichtig, zu erfahren, wie Eheleute nach der Scheidung über ihr neues Leben urteilen. Auf die beiden Fragen von Blieweis: „Haben Sie die Scheidung bereut?“ und „Sind sie glücklicher geworden?“ hat ein beträchtlicher Teil der Antwortenden keine direkte Auskunft gegeben. Aber auch bei den eindeutigen Stellungnahmen muß unterschieden werden, ob einer selbst um die Scheidung eingekommen ist oder ob er gegen seinen Willen geschieden wurde. So wird derjenige, der die Scheidung einreicht, um eine andere Frau heiraten zu können, die Scheidung nicht bereuen, wenn die zweite Ehe halbwegs glückt. Die Personen, die auf die Umfrage geantwortet haben, sind in der Mehrzahl solche, deren Ehe durch Verschulden des anderen Teils geschieden wurde. Die Zahl derer, die die Scheidung bereuten, und derer, die sie nicht bereuten, hielt sich in etwa die Waage. Im Folgenden seien einige Antworten aus dem Material von Blieweis wiedergegeben.

„Die Frage ‚Sind Sie glücklicher geworden?‘ kann ich mit Ja beantworten, aber mit vier Kindern gibt es keine Zukunft mehr. Nur die Enttäuschungen sind meine Zukunft.“

„Ich habe die Scheidung nicht bereut, obwohl ich nun einen Beruf ergreifen mußte, von daheim fortgejagt wurde, in der sog. ‚guten Gesellschaft‘ geschnitten wurde usw. Der ständige Kampf ums Leben und auch die vorübergehende Freundschaft und Liebe eines Mannes — verheiratet, daher unerreichbar — füllten dieses Leben aus. Glücklicher bin ich nur für eine Zeitspanne geworden.“

„Ich bereue die Scheidung, denn ich hätte ihn nicht kampflos der anderen überlassen sollen. Im tiefsten Inneren ahnte ich ja von ihrer Existenz. Als liebende Frau hätte ich noch mehr Opfer auf mich nehmen sollen. Er hätte später jedoch eingesehen, wozu eine aufrichtig liebende Frau fähig ist.“

„... bin selbst zum Richter gegangen und habe die Scheidung

eingereicht. Den Kindern zuliebe. Tja, nun sind die Kinder groß, und ich bin allein. In den besten Jahren, immer noch eine hübsche, nette Frau, wie man so sagt, und allein! Und da bemächtigt sich meiner oft der Gedanke, ob es nicht doch besser gewesen wäre, all die Jahre durchzuhalten, mit viel Liebe und Geduld alles Böse zuzudecken. Heute, stelle ich mir vor, wäre mein Mann schon gesetzt, ruhiger, und wir hätten gemeinsame Freude an unseren Kindern und Enkelkindern.“

So manche leiden darunter, daß eine geschiedene Frau „deklassiert und vogelfrei“ ist, und sind in wirtschaftliche Zwangslagen gekommen, die sie nie gehant haben.

„Sieben Jahre bin ich für meine Kinder Stiegen auf und ab gelaufen, als Vertreterin... So sieht das Los einer schuldlos geschiedenen Frau aus. Von der Krankenkasse bin ich ausgesteuert, arbeiten kann ich nicht mehr. Als verheiratete Frau hat man Rechte, als geschiedene keine.“

„Leider hegen sehr viele Menschen, wenn auch meist ahnungslos, große Vorurteile gegen Geschiedene, besonders gegen geschiedene Frauen. Wir werden einfach als unfähig gehalten für eine gute Hausfrau, Erzieherin oder treue Gattin. So muß man als geschiedene Frau überall und in jeder Situation darauf gefaßt sein, eine zynische Bemerkung zu hören. Tausend Vorwürfe werden uns Frauen gemacht wegen der mißlungenen Ehe, doch nur selten oder nie den Männern.“

„Es ist nicht leicht, allein zu sein. An eine Gefahr habe ich auch nicht gedacht. Es ist oft entsetzlich, daß es so viele Männer gibt, die nach einer alleinstehenden Frau die Hand ausstrecken...“

„Manche Männer glauben, eine geschiedene Frau ist ein Freiwild. In meine Wohnung kommt mir kein Mann herein. So geht es einer einsamen Frau, wenn sie anständig bleiben will...“

„Durch die schwere Krankheit geschwächt, aufs tiefste verletzt, entmutigt und verbittert durch sein Tun, willigte ich schließlich ein, ohne an das ‚Nachher‘ zu denken. Glauben Sie mir, meine damalige entmutigende Schwäche habe ich schon bitter bereut und gebüßt, zumal zwei Kinder da sind. Es ist sehr schwer, in finanzieller Hinsicht ganz von der Gnade eines Mannes abhängig zu sein, der mich ja in jeder Hinsicht verstoßen hat. Glauben Sie mir, jede Demütigung oder Gewalttätigkeit ist leichter zu ertragen als das, was nachher kommt, dies schreibt Ihnen eine Frau, die das Lachen verlernt hat.“

Der Rat der Geschiedenen

Es ist leicht und billig, jemand zur Scheidung zu raten, wenn man selbst gut verheiratet ist. Gewichtiger ist hier die Meinung eines Menschen, der die Scheidung mit allen ihren Folgen an sich selbst erlebt hat.

„Übereilt keine Heirat! Tragt von Anfang an nie den Gedanken einer möglichen Scheidung mit euch herum! In jeder Ehe kommen selbstverständlich Schwierigkeiten. Scheidung aber ist keine Lösung, es wird nichts besser dadurch. Für den Hauptschuldigen bedeutet Scheidung ein Leben ohne Frieden und Ruhe, für den anderen unendliche Seelenpein.“

„Ich bin zur Überzeugung gekommen, daß sich jedes Mädchen vor der Ehe die Eltern des Auserwählten anschauen muß und sich nicht täuschen lassen darf. Das Kind ist immer das Ebenbild der Eltern.“

„Mein Beruf erfüllt mich nun vollkommen, ich führe ein freieres Leben, möchte aber jedem Ehepartner — und ist die Ehe noch so schlecht —, wenn Kinder da sind, im Interesse dieser unschuldigen Geschöpfe raten, die Ehe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, denn die Kinder sind in dem Fall die Ärmsten.“

„Obwohl schuldlos geschieden, rate ich jeder Frau, auf diesen Titel zu verzichten und alles zu tun, um ihre Ehe wieder in Ordnung zu bringen. Wenn auch vor dem Gesetz schuldlos, so hat man doch auch Fehler gemacht und den Mann zum Ehebruch, den man vielleicht mitverschuldet, dann doch nicht verwirren kann und so eben eine ‚schuldlos‘ geschiedene Frau wird, getrieben.“

„Ich kann nur jeder älteren Frau raten, sich unter keinen Umständen scheiden zu lassen, da man nach dem Tode des Mannes vogelfrei ist. Wir sind schon lange genug in Österreich, warum wird ein deutsches Gesetz bei uns beibehalten?“

„Und wenn ich heute jemandem raten sollte, dann würde ich nur sagen: Durchhalten! Es gibt nämlich sehr häufig Fälle, wo man vom Regen in die Traufe kommt.“

Aus dem Vatikan

Ergänzungen der Konzils- Kommissionen

Zu Mitgliedern der Zentralkommission für die Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils wurden ernannt:

Kardinal José Humberto Quintero, Erzbischof von Caracas (Venezuela) („Osservatore Romano“, 9. 7. 61), und Franjo Seper, Erzbischof von Zagreb („Osservatore Romano“, 23. 7. 61). Ferner wurden ernannt:

Michael Toros, Apostolischer Administrator für die jugoslawischen Teile der Diözesen Görz, Gradisca, Triest und Capodistria, zum Mitglied der Kommission für die Sakramente („Osservatore Romano“, 23. 7. 61). Desgleichen wurde Mitglied der Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Vicente Enrique y Tarancón, Bischof von Solsona;

Konsultoren der Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Demetrio Moscato, Erzbischof von Salerno; Leo Binz, Erzbischof von Dubuque; Petar Cule, Bischof von Mostar; Geraldo Fernandes CMF, Bischof von Londrina; Mitglieder der Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk: Msgr. Peter Whitty und P. Marcellino Cabreras CMF;

Konsultoren der Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk: Santos Moro Briz, Bischof von Ávila; Ernesto Corripio Ahumada, Bischof von Tampico; Rev. Lamberto De Echeverria; Don Milan Durica (Salesianer);

Konsultor der Kommission für die Ordensleute: Pacifico M. Luigi Perantoni, Bischof von Gerace-Locri; Mitglied der Kommission für die Liturgie: Prälat Romano Guardini;

Konsultor der Kommission für die Liturgie: P. Giorgio De Lepeleere (Picpus);

Konsultoren der Kommission für die Studien und Seminare: Norberto Perini, Erzbischof von Fermo; Giuseppe D'Avack, Erzbischof von Camerino; Msgr. Bernhard Geyer;

Konsultor der Kommission für die Orientalischen Kirchen: Msgr. Marian Stroiny;

Mitglied der Kommission für die Missionen: José Lecuona Labandibar, Titularbischof von Vagada;

Konsultor der Kommission für die Missionen: P. Elias Gomez Dominguez (Mercedarier);

Mitglieder der Kommission für das Laienapostolat: Msgr. Jacques Bonet und Rev. Albert Lanquentin;

Konsultoren der Kommission für das Laienapostolat: Salvatore Russo, Bischof von Acireale, Dragutin Nežić, Bischof von Parenzo und Pola; Alonso Toriz Cobián, Bischof von Querétaro; Msgr. Luigi Del Pietro; Rev. Michele Benzo;

Mitglied des Sekretariates für Presse und Schauspiel: Angel Herrera y Oria, Bischof von Málaga;

Konsultor des Sekretariates für die Einheit der Christen: William Hart, Bischof von Dunkeld (alle „Osservatore Romano“, 3. 9. 61).

Konsultor der Zentralkommission: Msgr. Ernesto Cagnani;

Konsultor der Theologischen Kommission: P. Umberto Betti OFM;

Mitglied der Studienkommission: Loras Thomas Lane, Bischof von Rockford;

Konsultor der Studienkommission: Msgr. Giuseppe De Luca;

Konsultor der Kommission für die Orientalischen Kirchen: F. W. Bednarski OP („Osservatore Romano“, 7. 10. 61).

Mitglied der Zentralkommission: Albert Gregory Kardinal Meyer, Erzbischof von Chicago („Osservatore Romano“, 15. 10. 61).

Mitglied der Kommission für Klerus und Volk: Anton Vovk, Bischof von Laibach;

Konsultor der Kommission für Klerus und Volk: Msgr. Nicola Fuscon („Osservatore Romano“, 16./17. 10. 61).

Konsultor der Kommission für Klerus und Volk: Arthur Douville, Bischof von Saint-Hyacinthe;

Konsultor der Kommission für die Orientalischen Kirchen: Rev. Franz Dvornik („Osservatore Romano“, 23./24. 10. 61).

Mitglied der Zentralkommission: Gustavo Kardinal Testa und Francesco Kardinal Roberti („Osservatore Romano“, 25. 10. 61).

Mitglied der Zentralkommission: Paul M. Kardinal Richaud, Erzbischof von Bordeaux („Osservatore Romano“, 28. 10. 61).

Mitglied der Zentralkommission: Giuseppe Kardinal Ferretto, Bischof von Sabina und Poggio Mirteto („Osservatore Romano“, 1. 11. 61).

Mitglieder der Zentralkommission: Fernando Kardinal Quiroga y Palacios, Erzbischof von Santiago de Compostela, und Giovanni B. Kardinal Montini, Erzbischof von Mailand („Osservatore Romano“, 6./7. 11. 61).

Aus Süd- und Westeuropa

Der „Fall“ des Bürgermeisters von Ucria (Sizilien)

Die Auseinandersetzung zwischen „Klerikalen“ und „Laizisten“ in Italien sind in den letzten Monaten um

eine neue Pointe bereichert worden.

Am 23. Februar 1961 traf beim Gemeinderat in Ucria (Prov. Messina) ein Schreiben des Assessorates für Zivile Verwaltung in Palermo ein, in dem auf die Nichtwählbarkeit einiger Mitglieder des eben erst neu gewählten Gemeinderates hingewiesen und der neugewählte Bürgermeister des Ortes, Francesco Paolo Niosi, aufgefordert wurde, binnen acht Tagen den Gemeinderat einzuberufen, ihm die Nichtwählbarkeit der betreffenden Mitglieder des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen und vor allem seinen eigenen Rücktritt zu erklären, da die Wahl eines ehemaligen Priesters zum Gemeinderat und zum Bürgermeister in Italien gesetzwidrig sei. Das Schreiben beruft sich auf den Art. 5 Abs. 3 der Lateranverträge vom 11. Februar 1929, der besagt, daß den abgefallenen und von Kirchenstrafen betroffenen Priestern die Bekleidung eines öffentlichen Amtes, einer Lehrstelle oder Beamtenstelle „in unmittelbarem Kontakt mit dem Publikum“ verboten sei.

Francesco Paolo Niosi ist am 20. Juli 1926 in Ucria geboren, wurde 1949 in seiner Heimatdiözese ordiniert, hat aber im Juni 1957 auf sein geistliches Amt verzichtet und wurde einige Monate später mit seiner Base zivil getraut. Seither war er Lehrer an einer Volksschule. Bei den letzten Gemeindewahlen ließ er sich von den Nennsozialisten zum Kandidaten aufstellen. Mit Unterstützung aller „laizistischen“ Parteien wurde er dann auch zum Bürgermeister seines Heimatortes gewählt. Schon ehe er jedoch sein Amt ausüben konnte, wurde seine Wahl von der zuständigen Landesstelle der autonomen Region Sizilien für ungültig erklärt. Der von Niosi einberufene Gemeinderat nahm das Schreiben des Assessorates zur

Kenntnis, bestritt aber die Gültigkeit der im Schreiben angeführten Begründung und erhob Klage gegen die Entscheidung der vorgesetzten Dienststelle beim Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht hat über den Fall noch nicht entschieden, und es ist fraglich, ob es wegen einiger schwerwiegender formalrechtlicher Unterlassungssünden des Klägers überhaupt zu einer Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof kommt (vgl. „La Civiltà Cattolica“, 21. 10. 61, S. 122 ff.).

Trotz der unliebsamen ideologischen und politischen Begleitmusik zum Fall des Bürgermeisters von Ucria hatte die Angelegenheit eine positive Wirkung. Katholischerseits sah man sich dadurch veranlaßt, über die aktuelle Zweckmäßigkeit und die grundsätzliche Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer solchen Bestimmung nachzudenken. An Zweckmäßigkeitsgründen ließe sich angesichts der besonderen italienischen Verhältnisse sicher einiges für die Beibehaltung der Bestimmung — unabhängig von der Entscheidung des Gerichtes — anführen. Aber diese Zweckmäßigkeit wird offenbar zweifelhaft, wenn die Anwendung der Bestimmung jedesmal zur propagandistischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im laizistischen Sinne ausgenutzt werden kann. Im übrigen hat sich die italienische Verwaltung — ohne kirchlichen Widerspruch — schon lange an eine sehr milde Anwendung des Artikels gewöhnt, was sogar der (laizistische) „Espresso“ (6. 8. 61) bestätigt. Ein Beweis dafür ist übrigens der Fall Niosi selbst, der sich bis zur Wahl zum Bürgermeister jahrelang als Lehrer betätigte, ohne daß von der vorgesetzten Behörde Einwände dagegen erhoben worden sind. Aber abgesehen von der Zweckmäßigkeit einer solchen Bestimmung, bleibt die grundsätzliche Frage, ob sich der Art. 5 Abs. 3 mit der grundsätzlichen Gleichheit aller Bürger vereinbaren läßt. S. Lener SJ versucht in dem genannten Aufsatz der „Civiltà Cattolica“ eine solche Vereinbarkeit darzutun. Einen stringenten Beweis kann er jedoch nicht erbringen. Es trifft sicher zu, daß es jedem abgefallenen Priester erlaubt ist, Protestant, Mohammedaner, Buddhist oder Atheist zu werden. Es trifft also wohl auch zu, daß die religiöse Freiheit des Betroffenen nicht in Frage gestellt ist. Aber die Behauptung, daß jemand, der für die Zeit seines Lebens von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen ist, nicht gleichberechtigter Bürger im vollen Sinne ist, ist nicht ganz zu widerlegen. Der Artikel 5 enthält zwar kaum eine Beeinträchtigung der religiösen Freiheit im formalrechtlichen Sinn, ist aber der Sache nach doch als belastende Maßnahme des Staates gegen einen „Staatsbürger“ anzusehen, für die der Staat *natura sua* nicht zuständig ist. Aus diesem Grunde wird eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes auch katholischerseits vielfach begrüßt. Dieser Meinung scheint übrigens auch Lener zu sein, wenn er schreibt: eine Entscheidung wäre zu wünschen, „weil es sich um Grundsatzfragen handelt, an deren autoritativer Entscheidung allen Italienern liegt, die der ständigen Klagen über mangelnde religiöse Freiheit in Italien müde sind“.

Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit des Art. 5 Abs. 3 des Konkordates werden Art. 3 und Art. 51 der italienischen Verfassung herangezogen. Art. 3 garantiert die Gleichstellung aller Bürger vor der Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf deren religiöse Überzeugung. Art. 51 unterstreicht die Bestimmungen des Art. 3 im Hinblick auf

die Besetzung von öffentlichen Ämtern. Weiter bestreitet der Gemeinderat von Ucria, daß der Art. 7 der italienischen Verfassung, der die Gültigkeit des Konkordates verfassungsrechtlich garantiert, sich auf alle Einzelbestimmungen des Konkordates erstrecke. Sollte es also zu einer Entscheidung von Seiten des Verfassungsrichters kommen, so wird er über zwei Streitfragen zu entscheiden haben: 1. Steht Art. 5 Abs. 3 des Konkordates im Widerspruch zu Art. 3 und 51 der italienischen Verfassung? 2. Sollte ein solcher Widerspruch festgestellt werden, geht dann nicht doch der Art. 7 der Verfassung den Art. 3 und 51 vor?

Soweit die rein verfassungsrechtliche Seite. Die Streitfrage hat aber auch ihre politische oder, wenn man will, ideologische Seite. Von Seiten der antiklerikalen Parteien und Juristen wurde die Vereinbarkeit der genannten Bestimmungen des Konkordates mit der Verfassung seit je bestritten. Die Art und Weise der Polemik läßt aber erkennen, daß es den Verfechtern der Verfassungswidrigkeit nicht bloß um die Abschaffung der hier in Frage stehenden Bestimmung, sondern um die Aufhebung des Konkordates als solchen geht. Man versuchte das zunächst durch eine weitschweifige Interpretation des Art. 7 der Verfassung und bemühte sich, jeden einzelnen Fall publizistisch hochzutreiben, um den gewünschten politischen Effekt zu erreichen. Hier sei nur an den Fall des Bischofs von Prato erinnert, über den wir ebenfalls berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 270 f., 306 f.). Zum gleichen Zwecke wurde auch der Fall Niosi von der linksstehenden italienischen Presse aufgegriffen und publizistisch propagiert. Wie S. Lener in dem erwähnten Artikel in der „Civiltà Cattolica“ glaubhaft zu zeigen vermag, haben bei der Erhebung der Verfassungsklage nicht nur die Parteifreunde im Gemeinderat von Ucria Pate gestanden. Der Wortlaut der Erklärung des Bürgermeisters deutet darauf hin, daß die ganze Sache von langer Hand vorbereitet war.

25 Jahre Franco — weltliche und kirchliche Stellungnahmen — Am 18. Juli 1961 jährte sich zum 25. Male der Tag, daß gegen die korrupte spanische Republik die konservative Revolte der Generale ausbrach.

Sie mündete in einen fast drei Jahre dauernden Bürgerkrieg, der an Grausamkeit und Zerstörung vieles übertrifft, was es je an internationalen Kriegen gegeben hat.

Der „unbewältigte“ Bürgerkrieg

Durch die zahlreichen Dokumentationen auf beiden Seiten, durch die Enthüllungen ehemaliger Kommunisten und nicht zuletzt durch die Analyse Franz Borkenaus („Der europäische Kommunismus“) haben wir heute genug Material für eine objektive Darstellung der Hintergründe und des Verlaufes dieser grausigen Jahre (vgl. „Der spanische Bürgerkrieg“, in: Politische Studien, Dezember 1959). Freilich bringt man in Spanien selbst kaum dieses Maß von Objektivität auf: „Die Narben des Bürgerkriegs brennen. Die Spanier kommen nicht davon los. Die Erinnerung daran plagt sie ... Die Spanier können sich 22 Jahre nach Bürgerkriegsende noch nicht recht in die Augen sehen“ (Badische Zeitung, 22. 5. 61).

Es wäre eine eigene Untersuchung wert, den Bürgerkrieg im Spiegel spanischer Selbstdarstellungen zu sehen. Gironellas Bürgerkriegsroman „Die Zypressen glauben an

Gott“, ein Buch von fast 900 Seiten und einem Preis von 250 Peseten (spanisch 1953, deutsch 1957), erlebte in Spanien 22 Auflagen und übertraf damit alle anderen Romane. Die übrigen Titel der bedeutendsten spanischen Bürgerkriegsliteratur sind bezeichnend genug: „Eine Million Tote“ (zweiter Band von Gironellas Trilogie, 1961), „Tote zählen nicht“ (Bartolomé Soler, ebenfalls erst 1961), „Hammer oder Amboß sein“ (Arturo Barea), „Der Frieden beginnt nie“ (Emilio Romero).

„Kaum ein Ereignis der neueren Geschichte ist so umstritten, so fern jeder leidenschaftslosen Betrachtung wie der Ausbruch und der Verlauf des spanischen Bürgerkriegs. Durch die Einmischung Italiens, der Sowjetunion und Deutschlands wurde er zum Vorspiel des Zweiten Weltkriegs; die in Spanien liegenden Gründe und Hintergründe des blutigen Konflikts wurden begraben unter den Trümmern der zusammenbrechenden Friedensordnung Europas. Und aus der inneren Auseinandersetzung in Spanien ging ein Staatswesen hervor, das im tiefsten Gegensatz zu allen Anschauungen und Überzeugungen stand, die in Europa als Ergebnis des Weltkonflikts in den Vordergrund traten . . . Die gleiche Maßlosigkeit, die in den dreißiger Jahren Schritt für Schritt dem Zerfall des Staatswesens und schließlich dem Bürgerkrieg entgegengeführt hatte, verhinderte nach 1939 die Versöhnung der Spanier im Zeichen der auf beiden Seiten gefallenen Opfer. So ging aus der Erschütterung durch die größte Katastrophe seiner Geschichte kein erneuertes Spanien hervor, sondern ein mit tiefen und nicht vernarbenden Wunden geschlagenes Land und Volk, über dessen Zukunft auch heute noch dunkle Schatten liegen“ (Neue Zürcher Zeitung, 19. 7. 61).

Der Pomp der Militärparaden, durch die Franco der Ereignisse des Jahres 1936 gedachte, und die Erhebung von Burgos zur „Hauptstadt des nationalen Kreuzzuges“ mußte deshalb bei den meisten Spaniern einen sehr zwiespältigen Eindruck erwecken.

Franco und sein Regierungsstil

Der 1. Oktober 1961 war der 25. Jahrestag der „Erhebung des Generalissimus zum Staatschef“, wie es in der spanischen Terminologie heißt. Am 30. September 1936 wurde der damals 44jährige Korpskommandeur Francisco Franco Bahamonde im Hauptquartier von Burgos zum Oberbefehlshaber der nationalen Streitkräfte proklamiert, nachdem die eigentlichen Anwärter hierauf in den ersten Kämpfen gefallen waren. Artikel 3 des Ernennungsdekretes lautete damals: „Mit der Würde des Oberbefehlshabers ist für die Dauer des Krieges die Wahrnehmung aller nationalen Belange auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet verbunden.“

An das formale Ende seines Mandats wurde Franco nicht mehr erinnert. In zweieinhalb Jahrzehnten baute dieser vielmehr seine Herrschaft auf, die er heute unangefochten und unanfechtbarer denn je zuvor innehat. Über seinen Regierungsstil schrieb „Der Tagesspiegel“ (8. 10. 61): „Die Würde, die er um sich verbreitet, ist verhalten, doch eben darum von um so größerer Wirkung. Von lebenswürdigen, ja geradezu sanften Umgangsformen, läßt er sich doch von niemandem nahekomen. Seine Art zu regieren hat etwas Gemessenes, betont Langsames — als ob er sich in immerwährender Prozession durch das öffentliche Leben seines Volkes bewege. Aber er hat mit dieser Methode ganz offensichtlich Erfolg — um so nachhaltige-

ren Erfolg, als sie genau das Gegenteil des geräuschvollen und gestikulierenden Auftretens ist, das vor ihm die überhitzten Politiker Spaniens kennzeichnete . . .

Geduldig, zaudernd, schweigsam, ja beinahe passiv, immer geneigt, die Dinge an sich herankommen zu lassen, ein Feind von großen Gesten und publikumswirksamen Theatercoups, zog er es vor, das Spiel zu führen, ohne die Hand sehen zu lassen. Er hat die verdeckte Art zu handeln und die Unauffälligkeit zu einer Kunst entwickelt, in der er genießerisch seine Überlegenheit über die anderen bestätigt findet — sie ist das einzige Laster dieses kühlen, puritanischen und aller Leidenschaften baren Mannes.“

„Entmachtung aller politischen Kräfte“

„Franco hat kalt ein Gleichgewicht aufrechterhalten, indem er abwechselnd oder nacheinander die verschiedenen Kräfte der nationalen Koalition stärkte, die er als Stützen gebraucht hatte: die Falangisten, die Traditionalisten, die Christlichen Demokraten und die alten liberalen Monarchisten . . . Die Kaltblütigkeit, mit der sich Franco seiner Minister bedient, um sich dann wieder von ihnen zu trennen, ist verblüffend. Arrese ließ er 1945 ohne ein Wort fallen, und ebenso benahm er sich ihm gegenüber 1960. Nach 16 Jahren gemeinsamer Arbeit schied er von Girón mit einer Gleichgültigkeit wie zwischen Unbekannten. Martín-Artajo brauchte lange, um das Erstaunen zu verwinden, in das ihn Franco gestürzt hatte, als er ihn nach zwölf Jahren ohne eine Geste von sich entfernte . . . Diese Politik des Gleichgewichts hat Franco dazu geführt, daß er sich niemals einer Gruppe oder politischen Kraft anvertraute, damit er sie nämlich alle zusammen für sich benützen kann. Freilich hat er sie alle in jenem ‚großen nationalen Mörser‘ (wie sich Juan Aparicio zynisch ausdrückte) zerstoßen: Ihre eigenständige Haltung wurde darin durcheinandergemengt, ihre Persönlichkeiten wurden so zerstört, daß sie sich in eine einheitliche und amorphe Masse verwandelt haben“ (La Nation Française, Paris, 25. 2. 61).

Die innenpolitischen Folgen von Francos Handlungsweise sind nach der Schilderung der „Deutschen Zeitung“ (25. 2. 61): „Die fortschreitende Entmachtung der Kräfte, die ihm den Steigbügel hielten, wurde von ihm mit zäher Beharrlichkeit und eiserner Konsequenz bis zu einem Punkt fortgesetzt, der schon vor Jahren erreicht worden ist — bis zur völligen Ausschaltung jeder selbständigen politischen Regung . . . Zwanzig Jahre der einsamen Entschlüsse des Staatschefs haben den Spaniern das lebendige Interesse, das sie früher für die Politik hatten, gründlich abgewöhnt und einem achselzuckenden Konformismus Raum gegeben . . . Das führt nun freilich zu einem Zustand, den die Kritiker Francos mit einem Begriff bezeichnen, der in der spanischen Auseinandersetzung seit Jahren eine zunehmende Rolle spielt — der ‚inmobilismo‘. Er bedeutet nicht nur Unbeweglichkeit und Erstarrung, er bedeutet auch die völlige Aushöhlung der politischen Institutionen und die Entmündigung des Volkes, das weder die Erfahrung noch die Reife, weder den Willen noch das Verantwortungsbewußtsein besitzt, um der Aufgaben Herr zu werden, die es an dem Tag übernehmen muß, an dem Franco die Zügel aus der Hand legt . . . Die Stabilität, deren sich Spanien seit fast einer Generation im Zeichen seiner künstlichen Windstille erfreut, ist teuer genug durch das Vakuum erkaufte, das sich vor der Nation aufzutut, sobald sie den Blick in die Zukunft richtet.“

Die Nachfolgerfrage zwischen offiziellem Schweigen ...

Im Madrider Falange- und Regierungsorgan „Arriba“ schrieb der Chefredakteur anlässlich von Francos Silberjubiläum, der vor 25 Jahren erteilte Auftrag der „Jefatura del Estado“ sei ein lebenslänglicher; nach dem Tode Francos werde ihm entweder ein König oder ein Regent folgen. Die Auswahl eines solchen Regenten sei — wenn Franco sie einmal für opportun halte — keineswegs so schwierig, wie „ängstliche Gemüter“ meinen. Das Erbe der außergewöhnlichen Machtbefugnisse Francos werde auf jeden Fall nicht an eine einzelne Person, sondern an die von ihm geschaffenen Institutionen des Staates fallen.

Franco selbst schweigt sich über seine Nachfolge aus; sein Spiel mit dem Thronprätendenten Juan von Bourbon und dessen Sohn Juan Carlos (der sich jüngst mit einer griechischen Prinzessin verlobte) ist vollkommen ambivalent. Auch bei den zahlreichen Ansprachen zu seinem 25. Jahrestag in Burgos hat Franco seine Vorstellungen vom innenpolitischen Kurs in keiner Weise präzisiert. „Die Lösung des Nachfolgeproblems — des dringendsten und brennendsten aller Zukunftsprobleme Spaniens — erscheint unter diesen Umständen heute unklarer und unsicherer denn je“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 10. 1961).

... und allgemeiner Konzeptlosigkeit

Wie denkt das spanische Volk selbst über seine politische Zukunft? Dazu schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (9. 9. 61): „Bei den meisten Kreisen der wohlhabenden Gesinnungsopposition, die einmal dabei war, herrscht die Idee vor, daß es genüge, daß sich General Franco zurückziehe, worauf sich alle Probleme Spaniens sozusagen von selbst regelten. Die Idee, daß das unsoziale Verhalten der wohlhabenden Oberschicht älter ist als das persönliche Regiment General Francos, ist unpopulär und berührt persönliche Interessen. In diesen Kreisen herrscht die emotional bedingte Antipathie vor und verdrängt die kümmerlichen Ansätze zum staatsbürgerlichen und staatspolitischen Denken. In der Arbeiterschaft findet man umgekehrt ein feines Gefühl für die Unterscheidung zwischen den beiden Faktoren vor. Man erhofft sich im Grunde genommen nur wenig vom Abtreten Francos und kann nicht daran glauben, daß sich etwas ändern wird, wenn er einmal abtreten wird ... Andere Länder konnten nach dem Falle einer Diktatur zur Normalität zurückkehren, weil sie sie vorher hatten. Spanien hat sie nie gehabt. Weder unter der Monarchie noch unter der Republik, weder unter dem parlamentarischen System noch unter der persönlichen Diktatur von Primo de Rivera waren die Verhältnisse normal.“

Selbst die linksgerichtete und in ihren Urteilen gegen Franco keineswegs maßvolle New-Yorker Exilzeitschrift „Ibérica“ (Juli/August 1961) spricht in einem Leitartikel von der „Notwendigkeit einer Periode der Freiheit und der demokratischen Praxis, ehe man zu freien Wahlen gelangen kann. Spanien muß sich — wir wiederholen das tausendmal — erst an die Praxis der Demokratie gewöhnen, der sie 25 Jahre lang entzogen war. Eine Regierung, die die politischen Freiheiten wiederherstellt und freie Wahlen ausschreibt, ist nicht alles, was Spanien heute braucht. Die Spanier müssen erst die individuellen Freiheiten genießen und sie ausüben verstehen; sie müssen für die Dauer eines Zeitraums zusammen leben, dessen Ende das bürgerliche Leben in der Demokratie selbst an-

zuzeigen hat. Es wäre ein schwerer Irrtum, zu einem politischen Regime gelangen zu wollen, ohne erst diese Zwischenstufe durchlebt zu haben. Das Abtauen von zwanzig Jahren Diktatur muß schrittweise erfolgen ...“

Zersplitterte Opposition — im Exil ...

Ansatzpunkte für einen solchen demokratischen Neuaufbau sind bisher kaum zu sehen. Francos Opponenten haben sie am allerwenigsten geliefert. „In Spanien hat es noch nie eine Opposition gegeben, die nach den Maßstäben anderer westeuropäischer Länder plant, systematisch organisiert und aufbaut. Die Improvisation ist die Grundlage. Der Ausgangspunkt aller Bewegungen liegt in kleinen Gruppen von Eliten ... Es ist kein gutes Zeichen, wenn man beobachtet, wie eine Oppositionsgruppe nichts Besseres zu tun hat, als über die andere herzufallen, und sie mit allen Mitteln diskreditiert“ (Neue Zürcher Zeitung, a. a. O.).

„Vor Oppositionsparteien, Gruppen und Grüppchen steht der Beobachter wie vor den Bäumen, die den Wald verdecken“ (Badische Zeitung, 3. 11. 61). Im Exil lassen sich im großen folgende Gruppen von Franco-Gegnern unterscheiden:

- a) die Kommunisten Moskauer Observanz um Dolores Ibarruri, „La Passionaria“;
- b) die nicht ganz linientreuen Neukommunisten um Santiago Carrillo;
- c) die Sozialisten unter Führung von Indalecio Prieto (zuletzt Kriegsminister der Republik);
- d) die Reformsozialisten mit Trifon Gómez, die vorwiegend die spanischen Arbeiter in Frankreich erfassen;
- e) die alten Radikalsozialisten mit Exminister Gordon Ordaz (hauptsächlich in Lateinamerika);
- f) die Anarcho-Syndikalisten und die baskischen und katalanischen Separatisten.

Diese Gruppen haben in den letzten Jahren an Bedeutung wesentlich verloren und sind auch zahlenmäßig sichtlich geschrumpft.

... und in Spanien selbst

Die Opposition in Spanien selbst hat mit den Exilgruppen wenig Gemeinsamkeiten. Im Gegenteil: „Das Verhältnis zwischen den Regimegegnern im Lande selbst und denen jenseits der Grenzen ist gespannt und von Mißtrauen vergiftet“ (Stuttgarter Zeitung, 18. 3. 61). „Die Auftritte zwischen Leuten aus dem Innern, die auf diesem oder jenem Wege nach Frankreich gelangen und sich dort mit den um eine Generation älteren Parteiführern aus der Zeit der Republik und des Bürgerkriegs unterhalten, werden immer heftiger“ (Neue Zürcher Zeitung, a. a. O.).

Wenn man von den organisatorisch wie personell nicht faßbaren Kommunisten absieht, sind die wichtigsten Oppositionsgruppen innerhalb Spaniens:

- g) die francofeindlichen Monarchisten (Unión Española) unter Joaquín Satrústegui;
- h) die francofeindlichen Christdemokraten (Democracia Social Cristiana Española) unter dem ehemaligen Parteiführer und Exminister José María Gil Robles;
- i) die stark links tendierenden Christlich-Sozialen um Professor Jimenéz Fernández (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 59);
- j) die „europäischen Funktionalisten“ hinter Professor Enrique Tierno Galván;

k) die Liberaldemokratische Union unter Dionisio Ridruejo, Hymnendichter und einstigem Propagandachef der Falange.

Die Kräfte der Kollaboration

Von beinahe jeder dieser politischen Grundrichtungen gibt es auch eine Gruppe, die mit Franco zusammenarbeitet. Hier sind in erster Linie zu nennen:

l) die loyalen Monarchisten um Graf Juan-Claudio Güell de Ruiseñada, Rafael Calvo Serer, Gonzalo Fernández de la Mora, José Ignacio de Valdeiglesias;

m) die loyalen Christdemokraten unter Francos Exministern Ibáñez-Martín und Martín-Artajo;

n) die gemäßigt linksgerichteten, aber weitgehend an der kirchlichen Soziallehre orientierten Syndikate, die Hauptstütze des gegenwärtigen Regimes;

o) die stark linksgerichtete und großenteils antiklerikale Falange, die von Franco in „Nationale Bewegung“ umbenannt wurde, zur Zeit keinen Vertreter im Kabinett hat und praktisch an die Wand gespielt ist.

Die Motive derer, die mit Franco nicht einverstanden sind, aber dennoch mit ihm zusammenarbeiten, schildert sehr gut der Leitartikel eines Flugblatts der Monarchistengeneration Sevillas vom Januar 1960: „Spanien ist ein Königreich mit einem König in der Wüste ... Die Grundsätze, um derentwillen sich das spanische Volk erhob, sind in unserem Gemeinschaftsleben noch nicht voll verwirklicht. Einige, wie die rechtmäßigen und christlichen Freiheiten der Presse und des Unterrichts, sind noch nicht einmal gesetzlich erfaßt. Wenn man mit der gegenwärtigen Situation nicht völlig einiggeht, könnte man es für das Beste halten, alles über Bord zu werfen, unmittelbar zur Opposition überzugehen und für die Zerstörung des Regimes zu arbeiten. Das wäre — entgegen dem ersten Augenschein — der leichte Weg, die gerade Linie, die rationalistische und revolutionäre, aber auch die zerstörerische und kurzsichtige Haltung. Aber im menschlichen Leben ist die gerade Linie nicht immer der kürzeste Weg zwischen zwei Punkten ... Im Bewußtsein dessen, daß ‚Mitarbeit‘ nicht ‚Nachgiebigkeit‘ bedeutet, sind wir bereit, Spanien auf dem Posten zu dienen, auf den es uns ruft — auch wenn dies das persönliche Opfer für die Zukunft unseres politischen Lebens bedeutet ... Mitarbeit bedeutet: Ja zu sagen, wenn man ja sagen muß, und mehr noch nein zu sagen, wenn man nein sagen muß. Nur von dieser Position aus kann man heute in Spanien wirklicher Monarchist sein. Diese Haltung ist zweifellos schwieriger und natürlich auch viel weniger verständlich. Im Opfer begründet, ist sie die einzig würdige und gewissenhafte Haltung. Das andere ist ein Spiel mit der Politik ...“

Politische Justiz

Unter dem Deckmantel einer kulturellen Vereinigung „Freunde Ramiro de Maeztus“ konnten sich die loyalen Monarchisten (Gruppe l) inzwischen auch eine organisatorische Basis schaffen, und Monarchistengruppen gibt es in einer Reihe von Provinzialhauptstädten. Das ist insofern eine Ausnahme, als Franco die Koalitionsfreiheit radikal beseitigt hat (einer der drei zentralen Punkte seiner Politik neben dem Informationsmonopol und der Beherrschung der Wirtschaft) und die Einhaltung dieses Verbots peinlich genau überwacht. Die eigentlichen Oppositionsgruppen können sich nur völlig illegal treffen, und ihre Führer werden dabei in regelmäßigen Abständen verhaftet. Nach der einschlägigen Gesetzgebung (die seit dem Bürgerkrieg sogar noch verschärft wurde) lautet die An-

klage dann jeweils auf „militärische Rebellion“, und die Verhafteten werden Kriegsgerichten überantwortet (vgl. „Francos politische Justiz“, in: Politische Studien, Februar 1961).

Auch prominente Katholiken sind davon nicht ausgenommen (Dr. Pujol, Mai 1960). Der jüngste größere Prozeß dieser Art wurde im März 1961 abgehalten; zu den acht Angeklagten zählte auch Francisco Herrera Oria, ein Bruder des Bischofs von Málaga und Parteiführer aus der Zeit der Republik. Unter den übrigen waren die beiden Oppositionsführer Tierno Galvan und Ridruejo. Wegen außenpolitischer Verwicklungen (gleichzeitig tagte in Paris ein internationaler Kongreß gegen die Franco-Justiz) wurde der Prozeß ausnahmsweise vor einem Zivilgericht und öffentlich geführt; er endete mit einem Freispruch für sieben der acht Angeklagten. Tierno Galvan, international angesehener Professor für politische Wissenschaften an der Universität Salamanca, wurde jedoch seines Lehrstuhls enthoben.

1961 hat die Regierung Franco zum erstenmal zugegeben, daß es in Spanien politische Gefangene gibt. Ihre Zahl wurde im März in einer regierungsamtlichen Statistik mit 1111 angegeben, im August in einer Rede des Generaldirektors für das Gefängniswesen mit 685. Der New-Yorker Rechtsanwalt Albert L. Colloms, der mit einer internationalen Juristenkommission Madrid besuchte, aber in die Strafanstalten nicht eingelassen wurde, schrieb in der „New York Times“ (3. 3. 61) von 6000 politischen Gefangenen in Spanien, was zu scharfen diplomatischen Dementis und zu einer Polemik der „Arriba“ auf vollen drei Zeitungsseiten führte.

Zu seinem 25-Jahr-Jubiläum hat Generalissimus Franco eine allgemeine bedingte Strafermäßigung erlassen, doch wurden gleichzeitig im Monat September 1961 wieder zahlreiche Personen aus politischen Gründen verhaftet, darunter mehrere Dutzend Arbeiter in Madrid und in den baskischen Industriestädten.

Kühleres Verhältnis zu den USA

Bei der Eröffnung der Cortes, des 588köpfigen spanischen Scheinparlaments, hielt General Franco am 3. Juni 1961 eine Grundsatzansprache, die in den westlichen Kommentaren ein sehr unfreundliches Echo fand. Er griff die liberalen Demokratien scharf an und pries sein eigenes System als „organische Demokratie“, als dritte Kraft zwischen Kapitalismus und Kommunismus und als die für Spanien einzig angemessene Lösung. Die „New York Times“ (5. 6. 61) schrieb dazu: „Francos Rede enthielt all die bekannte antiwestliche Kritik aus den Tagen, als er das nazistische Deutschland und das faschistische Italien unterstützte ... Aus Nachsicht kann man annehmen, daß der Generalissimus seine totalitären Ladenhüter wieder auftischen mußte, weil er nichts Konstruktives und Brauchbares darüber zu sagen hatte, wie man Spaniens schwere innere Probleme auf den Gebieten der Wirtschaft und der Politik lösen kann ... Vielleicht hat seine Rede den positiven Wert, in Washington das Umdenken in unserer Spanienpolitik anzuregen.“ Mit ganz ähnlichem Tenor reagierte die katholische Wochenzeitschrift „The Commonwealth“ (25. 8. 61). Darin schrieb der international erfahrene christliche Gewerkschaftler Richard L.-G. Deverall: „Eisenhowers Politik, die USA mit Franco zu identifizieren und die Sache der Freiheit mit dem Diktator zu verbinden, hat den Kommunisten (in Spanien) den Preis aller Preise in die Hände gespielt, indem sie nun Tag für Tag

verkünden können: Die Amerikaner stützten Franco, und indem sie Franco stützen, sind sie in der Tat die Feinde des spanischen Volkes . . . Mit der Wahl eines neuen Präsidenten setzten die Christlichen Demokraten und alle Linksgruppen außer den Kommunisten ihre Hoffnung in Mister Kennedy und die USA: Wenn er uns enttäuscht, wenn er die USA nicht aus der offenen Allianz mit Franco löst, dann bleibt uns nur noch ein Weg: der Weg Castros.“

Solche neuen Tendenzen eines Boykotts könnten freilich ein sehr unerwünschtes Ergebnis haben, wie die „Deutsche Zeitung“ (25. 2. 61) ausführte: „Trotz der wirtschaftlichen Blockade und der Entwicklungsschwierigkeiten, die sich aus ihr ergaben, war die Position Francos nie stärker als in der Zeit der Isolierung . . . Es war ein Fehler der Demokratien, Franco so lange unter der Glasglocke zu halten. Jetzt, wo sie angehoben ist, kommt frische Luft herein und bläst die Staubschichten von dem Wackskabinett antiquierter Anschauungen und Institutionen, die in groteskem Gegensatz zur Wirklichkeit von heute stehen . . . Die Liberalisierung des spanischen Alltags und der spanischen Lebensgewohnheiten macht rasche Fortschritte. Sie ist durch keine Meinungskontrolle mehr aufzuhalten.“

Die Kirche als Lückenbüsser für die Feigheit der Bürger

Die völlig anderen Maßstäbe, die die spanische Kirche an das Franco-Regime legt, beschreibt in sehr aufschlußreicher Weise Msgr. Jesús Iribarren in einem Aufsatz, der im NCWC News Service (24. 7. 61) veröffentlicht ist:

„Man muß immer wieder darauf hinweisen, daß die spanische Kirche den Bürgerkrieg weder plante noch für die Richtung verantwortlich ist, die das Land seit seinem Ende im Jahr 1939 genommen hat. Die Bischöfe haben sich immer bemüht — gut oder schlecht, wie alle fehlbaren Menschen —, den Situationen zu begegnen, die von außen herangetragen wurden: Neutralität oder Krieg? Autoritarismus oder Demokratie? Zahlreiche politische Parteien oder eine einzige Partei? Vertikale oder horizontale Arbeiterorganisationen? Zensur oder Pressefreiheit? Im Angesicht einer Politik, die den einen gefiel und den anderen nicht — einer von den Politikern ausgeübten Politik —, haben die Bischöfe zu allen Zeiten danach gesucht, aus ihr den größten Gewinn für die Kirche zu ziehen . . .

25 Jahre nach dem Bürgerkrieg darf die spanische Kirche nicht für die allgemeine Entwicklung des zurückliegenden Vierteljahrhunderts verantwortlich gemacht werden. Verantwortlich ist sie nur für den Wiederaufbau des religiösen Lebens.

Am Ende des Krieges waren 13 Bischöfe und 6832 Priester getötet. Die Seminare waren entweder zerstört oder hatten geschlossen werden müssen. Tausende von Kirchen waren niedergebrannt. Ihre Schätze waren gestohlen, ihre Dokumente verschwunden. Die Laienorganisationen waren aufgelöst und ruiniert . . .

Wenn man sich auf den eigenen Wiederaufbau mit ausschließlich göttlicher Hilfe beschränkt, so war 1960 folgendes erreicht:

23 780 Seminaristen gegenüber 7516 (1935);

1024 Neupriester gegenüber 242 (1945);

73 978 Ordensschwester gegenüber 44 145 (1925).

Die Bedeutung dieser Zahlen ergibt sich aus dem Wachstum, das sie spiegeln, aber mehr noch aus ihren Hintergründen.

Eine religiöse Berufung bedarf einer religiösen Familie und einer sozialen Atmosphäre, ohne die sie nicht zu-

stande käme. Wir leugnen keineswegs, daß Wahlen, Pressefreiheit oder gewerkschaftliche Pluralität wichtige Dinge sind. Mit dem Wesen des Glaubens haben sie aber wenig zu tun, und es ist umstritten, inwieweit die Reform außenstehender Institutionen die Aufgabe der Kirche ist — statt der Bürger, die ihre Feigheit durch die falsche Hoffnung entschuldigen, die Kirche werde den politischen Mut aufbringen, der ihnen selber fehlt.“

„Nicht um Demokraten oder Republikaner, sondern um Heilige“

„Wahr ist, daß die Kirche eine Atmosphäre der Gottesliebe, des Opfers und der selbstlosen persönlichen Hingabe geschaffen hat. Es gibt genügend Berufungen und idealistische junge Leute für Krankenhäuser, Kollegs und Missionen . . .

Wenn ein spanischer Priester ins Ausland kommt, wird er stets gefragt: Glauben Sie, daß Franco wieder die Monarchie errichten wird? Was ist vom Kampf der HOAC gegen die Syndikate zu halten? Warum unterstützen die Bischöfe die Diktatur? Wird die Zensur ein Ende finden? Steht der baskische Klerus gegen die Bischöfe?

Die Aufgabe der Kirche in der Gesellschaft reicht aber viel tiefer als bis zur Antwort auf diese Fragen. Die spanische Kirche erzieht in ihren Lehranstalten 800 000 Schüler. Sie sorgt für 233 000 Patienten in ihren Krankenhäusern und Asylen. Sie druckt 1600 Zeitungen und Zeitschriften für alle geistigen Schichten. Sie baut Häuser für die Arbeiter.

Nach der Meinung vieler von uns in Spanien sind zahlreiche ausländische Katholiken unter dem ständigen Propagandafeuer der ideologischen Blöcke, die heute um die Weltherrschaft kämpfen, schweren Irrtümern in bezug auf die spanische Kirche verfallen. Sie zeren den geistigen Kampf unserer Zeit auf das politische Niveau herunter. Auf diesem Niveau reduzieren sie ihn auf zufällige und wandelbare Formen, etwa Wahlverfahren und Arbeiterorganisationen. Sie fordern von der Kirche, daß sie ihre ewige Mission, die Menschheit zu heiligen, in Dispute und Auseinandersetzungen um Monarchie oder Bürgermeisterwahlen umwandelt . . .

Mehr als die Hälfte der spanischen Weltpriester — genau 11 720 — sind weniger als fünfzig Jahre alt, waren also vor dem Bürgerkrieg noch nicht Priester. 3000 von ihnen waren an seinem Beginn noch nicht einmal geboren. Altgewordene Politiker innerhalb und außerhalb Spaniens möchten, daß diese Priester sich ihren alten Ideen anschließen. Aber die Priester denken nur an die ewige Kirche, die sich während der vergangenen 25 Jahre erneuert hat . . .

Die katholische Kirche arbeitet hart unter diesen 30 Millionen Menschen, aber sie bleibt dem politischen Kampf viel ferner, als es die Sensationspresse gerne sähe. Sie tut es, weil Christus in die Welt gekommen ist, nicht um Demokraten oder Republikaner, sondern um Heilige zu machen.“

Die Katholiken für und wider Franco

Der spanische Publizist José Luis Illanes schrieb in Englands angesehenster katholischer Zeitschrift „The Wiseman Review“ (Herbst 1961) einen fundierten Beitrag „Die politische Aktivität von Katholiken im modernen Spanien.“ Darin heißt es:

„Die vielen Katholiken, die sich entschlossen haben, im Franco-Regime öffentliche Verantwortung zu übernehmen, taten dies nach ihrem Gewissen, frei und in der Ge-

wißheit, im Recht zu sein und moralisch zu handeln. Sie wissen sehr wohl, daß das Regime seine Mängel hat, aber sie sind der Überzeugung, daß ihr bester Beitrag, diese Mängel zu korrigieren, im unmittelbaren persönlichen Engagement besteht. Man kann auch nicht leugnen, daß der gegenwärtige Staat als Werk Francos und der ihn stützenden Kräfte für Spanien große Wohltaten gebracht hat: die Wiederherstellung von Ordnung und Einheit des einst in Anarchie und Auflösung begriffenen Landes — die unbedingten Vorteile einer langen Friedensperiode (einen zwanzigjährigen sozialen Frieden hat Spanien seit eineinhalb Jahrhunderten nicht mehr gekannt) — Neutralität während des Weltkriegs trotz aller Manöver und Erpressungen vor allem von seiten Hitlers — die Befreiung von dem Schicksal, eine Satellitenvorhut des Kommunismus unter den westlichen Ländern zu sein (wie es die ausdrückliche Absicht Lenins und Stalins war). Dazu kommt die Achtung für Freiheit und Recht der Kirche, was auf die politische Haltung der Katholiken zweifellos einen wichtigen Einfluß ausübt.“

Der Autor verkennt freilich auch nicht die negativen Gesichtspunkte: „Das dem Sieg folgende Regime hat die im Krieg zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen in vielfacher Hinsicht nicht erfüllt . . . Der Zweck des Bürgerkriegs war nicht die Errichtung einer Diktatur, sondern eines Regimes, das dem spanischen Volk erlaubt hätte, in Frieden zusammenzuleben (was in der Zweiten Republik unmöglich geworden war) . . . Alle Kritik konzentriert sich auf die gleichen grundlegenden Mängel: das Fehlen sozialer Institutionen, die Beschränkung der politischen Freiheiten, die unzureichende Presse- und Informationsfreiheit, die politische Indifferenz im Land, die Ungereimtheiten zwischen einer fortgeschrittenen Sozialgesetzgebung und ihrer schlaffen und wirkungslosen Ausführung, und so weiter . . . Eine objektive und unparteiische Beurteilung muß feststellen, daß es sich um ein autoritäres Regime patriarchalischer Ausprägung handelt, das durch die massive Machtballung in der Hand eines einzelnen Mannes gekennzeichnet wird, aber in keiner Weise auf Terror oder Gewissenszwang aufgebaut ist.“

Kirchengeschichte unserer Zeit

Über das Schicksal der spanischen Kirche im Bürgerkrieg veröffentlichte der Direktor der offiziellen Kirchenzeitung „Ecclesia“, Antonio *Montero Moreno*, ein bedeutendes Dokumentarwerk von 884 Seiten: „Historia de la Persecución Religiosa en España 1936—1939“ (Editorial Católica, Madrid, 125 Peseten).

In seinem Vorwort führt der Verfasser aus: „Wenn die Wirklichkeit in sich mächtig genug ist, wird es das beste sein, sie ganz einfach darzustellen und aus sich wirksam sein zu lassen. Das ist die grundlegende Absicht, sei sie nun gelungen oder nicht. Jede Zeile wurde mit einer bewußten Sparsamkeit an Adjektiven verfaßt und niedergeschrieben, um sowohl den Schimpf für die Henker wie das Lob auf die Opfer zu mäßigen. Das Thema ist in gleicher Weise glorreich und beschämend, weil die einen wie die anderen den gleichen Namen tragen und zur gleichen nationalen Familie gehören . . . Objektivität und Ausgewogenheit — auch wenn sie gewisse oberflächliche Begeisterungen abkühlen — ehren die Handelnden viel mehr als schwülstige Ausführungen und gewaltsam frömelnde Betrachtungen.“

Montero zitiert die in den Schrecken der ersten Kriegswochen niedergeschriebenen Sätze von Alfonso Thió SJ

aus Barcelona: „Verstoßen sie die Diener der Kirche um Jesu willen, oder verstoßen sie Jesus um seiner Diener willen? Das erste wäre sehr schmeichelhaft, aber auch das zweite ist möglich, und wäre es nicht Pharisäertum, die Frage einfach zurückzuweisen?“ Auch Montero wagt in seinem Vorwort nicht, die Frage zu beantworten. Er möchte das ganze Buch als Antwort gelten lassen, indem er zeigt, wie „die Sturzbäche von 1936 aus fernen Höhen kamen“.

Das „Ruhrwort“ (22. 7. 61) schrieb dazu: „Das Buch erscheint zum 25. Jahrestag des blutigen Geschehens. Die Urteile über seine Bedeutung und seinen Sinn sind so vielfältig wie die politischen Standpunkte derer, die sich mit ihm befassen. Auch im katholischen Lager findet man heute noch Meinungen vertreten, die der geschichtlichen Wahrheit nicht standhalten . . . Der Verfasser scheut sich aber nicht, selbst gegen die Publizistik aus dem eigenen Lager zu Felde zu ziehen, ihre zahlenmäßigen Angaben über die Verbrechen der Gegner zu bezweifeln und sie anhand von nur zuverlässigen Unterlagen auf das richtige Maß zu bringen.“

115 Seiten des Buches bilden eine Namensliste der 6832 geistlichen Todesopfer, soweit verfügbar mit Ort und Datum des Ablebens. Es sei noch darauf hingewiesen, daß für nahezu 900 der im spanischen Bürgerkrieg Hingemordeten Seligsprechungsprozesse eingeleitet worden sind.

Drei Erklärungen der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs

Auf ihrer diesjährigen Herbsttagung gaben die französischen Kardinäle und Erzbischöfe drei wichtige Erklärungen ab. Die erste bezieht sich auf die innenpolitischen Ereignisse der letzten Monate und wendet sich gegen Gewaltanwendung und Terrorisierung der Öffentlichkeit. Die zweite enthält eine ausführliche Stellungnahme zum Rundschreiben *Mater et magistra* (die wir im Januarheft veröffentlichen werden). Die dritte bezieht sich auf das bevorstehende Konzil (nach „La Documentation Catholique“, 5. 11. 61).

Die Gewalt vor Gottes Gesetz

Die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs erklären mit Nachdruck: „Die fundamentalen Erfordernisse des göttlichen Gesetzes, die jedem ins Herz geschrieben sind, und die Forderungen des christlichen Gewissens gelten absolut, kein Umstand, kein Vorwand in keinem Augenblick kann davon dispensieren.“ Die Kardinäle und Erzbischöfe beklagen es, daß sie auf diese selbstverständlichen Grundsätze hinweisen müssen. Es sei aber notwendig angesichts der immer zahlreicher werdenden Attentate und angesichts der Tatsache, daß diese Grundsätze von Menschen verdreht werden, „die, gleichgültig um welchen Preis, das durchsetzen wollen, was sie für das Wohl des Landes halten“.

Wer ein Klima des Bürgerkrieges schaffe, sei auch für den Bürgerkrieg verantwortlich. „Ein Gläubiger muß wissen, daß er die Heimat verliert, anstatt daß er sie verteidigt, wenn er dabei Waffen gebraucht, die seine Seele töten.“ Die Erklärung schließt mit einem Appell an alle, jene nicht zu vergessen, die Not leiden oder in Bedrängnis sind. „Alle jene, die Not leiden, haben ein Anrecht auf Verständnis und Liebe.“

Wenn auch bereits wiederholt einzelne Vertreter des französischen Episkopates zum gleichen Thema Stellung genommen haben, handelt es sich hier doch um die erste

gemeinsame Verlautbarung des höchsten französischen Bischofsgremiums zu dieser Frage. Darin liegt ihre Bedeutung.

Obwohl die Stellungnahme der Kardinäle und Erzbischöfe jede Polemik oder auch nur jede Anspielung an irgendeine der streitenden Parteien vermeidet, fühlte sich die OAS offenbar herausgefordert. In einem von dem zum Tode verurteilten, aber flüchtigen Exgeneral Salan gezeichneten Schreiben wirft sie dem Episkopat vor, nur die Gegner der gegenwärtigen Regierung zu verurteilen, während doch ganz offensichtlich das gegenwärtige Regime selbst die Hauptverantwortung an der Situation trage („La Croix“, 7. 11. 61).

Das kommende Konzil

Die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs unterstreichen in ihrer dritten Erklärung die „immense Hoffnung“, die die Ankündigung des Konzils ausgelöst habe. Die aktiven Katholiken hätten daraus neuen Glauben und neue Kraft für ihr Apostolat geschöpft. Hohe Persönlichkeiten bei den getrennten Brüdern brächten dem Konzil große Aufmerksamkeit entgegen und erwarten von ihm viel für einen Fortschritt auf dem Weg zur Einheit. Die internationale Presse warte ungeduldig auf Informationen. Der Widerhall des Konzils in der ganzen Welt werde beachtlich sein.

Manifestation der Katholizität der Kirche

Das Konzil werde Zeugnis geben von der Universalität und der Treue der Kirche zu der Mission, „die ihr ihr göttlicher Stifter aufgetragen habe, die Frohbotschaft und die Mittel des Heils allen Menschen und allen Völkern zu bringen“. Zugleich werde das Konzil die Einheit „des einen Leibes, des einen Hauptes, des einen Glaubens und des im Wesentlichen einen Kultes in der harmonischen Vielfalt der verschiedenen Riten“ bezeugen.

Die Bischöfe, die unter dem Vorsitz des Papstes zum Konzil zusammentreten, „tagen nicht als einfache Delegierte oder Vertreter des Papstes, sondern als Vorsteher ihrer eigenen Kirchen, als authentische Lehrer und Richter in Glaubenssachen, als Zeugen des Glaubens der universalen Kirche“.

Das Problem der Anpassung

Eines der wesentlichen Themen des Konzils werde die Anpassung der Kirche, ihrer Lehre und ihrer Verkündigung an die Erfordernisse der Gegenwart sein. Es seien Stimmen laut geworden, die der Kirche die Kraft absprechen, die Probleme zu bewältigen, die an sie durch die großen gesellschaftlichen Umwälzungen herantreten. Das Konzil werde aber eine positive Antwort auf solche Fragen zu geben haben. „Es wird sich im Lichte des Glaubens und unter Anpassung der ewigen Wahrheiten . . . um eine Sicht der Welt und um eine Konzeption von Menschen und Leben bemühen, die der heutigen Menschheit Klarheit schenkt und die die Christen bei der Anwendung ihrer Grundsätze auf das Leben in Familie, Staat und Gesellschaft leiten wird.“

Die Kirche begrüße den technischen Fortschritt, sie sehe aber auch seine Gefahren. Indem der Mensch die von ihm gebaute technische Welt absolut setze und sich darin einschließe, begebe er sich der Möglichkeit, sie zu beherrschen. Mehr denn je sei die Mission der Kirche in der modernen Welt vonnöten zur Verteidigung der geistigen Werte und zur Rettung des Menschen vor einer Weltkatastrophe.

Das Konzil werde auch deutlich machen, daß die Kirche an kein Wirtschaftssystem und an keine Kultur gebunden sei. Über alle kulturellen und zivilisatorischen Schranken hinweg falle der Kirche die Aufgabe zu, in einer Welt, die auf dem Wege zur Einheit sei, zur Erhaltung des Friedens, des Gleichgewichts und der „gegenseitigen Annäherung der Völker“ beizutragen.

Schließlich werde sich das Konzil gegen die wachsenden Gefahren des atheistischen Materialismus verteidigen. Das Konzil werde fruchtbare Arbeit leisten, „indem es die Botschaft der Wahrheit und der Offenbarung der erlösenden Liebe Gottes an den Menschen in einer dem Menschen von heute zugänglichen Form vorlegen wird“.

Innerkirchliche Erneuerung

Um ihre Mission nach außen wirksam erfüllen zu können, bedürfe die Kirche unter der Führung des Heiligen Geistes der innerkirchlichen Erneuerung. Im Anschluß an die Enzyklika *Ad Petri cathedram* nennen die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs die drei großen Themen der innerkirchlichen Erneuerung: Entfaltung des katholischen Glaubens, sittliche Erneuerung des christlichen Lebens, Anpassung der kirchlichen Disziplin an die Bedürfnisse und Methoden unserer Zeit.

Auf Grund der theologischen Arbeit des Konzils auf allen Gebieten der Theologie soll es möglich werden, „in den Gliedern der Kirche einen lebendigeren und von der Routine und äußerlichen Konformismen freieren Glauben zu erwecken“.

In der moralischen Erneuerung des christlichen Lebens habe vor allem die Mission der Laien ihren Platz. Ihre Aufgabe sei es, die großen Orientierungslinien des Konzils auf alle Lebensbereiche der modernen Welt auszustrahlen.

Die Erneuerung der kirchlichen Disziplin und deren Anpassung an die pastoralen Erfordernisse der Gegenwart werde der Kirche neue apostolische Kraft geben.

Nach dieser innerkirchlichen Erneuerung könne mit mehr Hoffnung die Einheit der Christen angestrebt werden, die das große Anliegen des Papstes sei.

Aus Amerika

Totalitäre Erziehungsgesetze in Kuba

Es hat ganz den Anschein, als sollte unter rotchinesischem Einfluß in Kuba die kommunistische Ideologie ohne jeden Abstrich in die Wirklichkeit übertragen werden. Während aber in China das Experiment der „Volkskommunen“ teilweise zurückgenommen zu sein scheint, soll offensichtlich der Versuch auf dem Experimentierfeld im Karibischen Meer mit letzter Konsequenz durchgeführt werden. Nachdem man auf Grund von Instruktionen aus Peking (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 39 ff.) den Kampf gegen die katholische Kirche rücksichtslos durchgeführt hat, wird nun die Familie in ihren Grundlagen bedroht: mit Beginn des Jahres 1962 soll die Erziehung der Kinder vom vierten Lebensjahre an den Eltern entzogen und staatlichen Stellen übertragen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß der kubanische Staat in der Lage ist, dieses Erziehungsprojekt in die Tat umzusetzen. Aber es wird bei einem Volk mit so ausgeprägtem Familiensinn revolutionierend wirken und schon durch den Versuch einer so grundlegenden Veränderung des Bewußtseins nach marxistischer Lehre eben auch das Sein des Volkes

entscheidend beeinflussen können. Bei dem herrschenden Terror können sich Empörung und Zorn gegen ein solches unmenschliches Gesetz kaum äußern, und auch der Versuch, die Kinder in ausländische Erziehungsinstitute zu bringen, wird nur den wenigsten Eltern gelingen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (5. 10. 61) veröffentlichte den Wortlaut des Verstaatlichungserlasses, der das Datum des 31. August 1961 trägt.

Der Verstaatlichungserlaß

„Der Präsident der Republik Kuba, Osvaldo Dorticos Corrado, gibt bekannt, daß der Ministerrat folgende Gesetze genehmigt hat, die vom Präsidenten bestätigt worden sind:

Die Entwicklung der kubanischen Revolution als Tatsache von beispielhafter historischer Qualität stellt eine soziale Wirklichkeit dar, die alle Gebräuche im Sinne der Förderung des sozialen Fortschritts des Volkes verwandeln muß. Diese Entwicklung der kubanischen Revolution muß gewissenhaft und ernsthaft alle Institutionen, die den sozialen Fortschritt behindern, verwandeln.

Es ist der Wunsch der revolutionären Regierung, alle Institutionen umzuwandeln, die mit diesem Prinzip nicht übereinstimmen. Das hohe und unmittelbare Ziel ist die Konstruktion einer sozialistischen Gesellschaft und die Umwandlung der Republik Kuba in einen sozialistischen Staat. Heute halten sich die kubanische Revolution und die revolutionäre Regierung für ausreichend entwickelt und organisiert, um die Erziehung der Jugend Kubas auf wirklich sozialistischer Basis anzuordnen.

Das Volk Kubas und seine revolutionäre Regierung verfügen über Organisationen, wie das revolutionäre Erziehungsministerium, die Organisation der Arbeiter- und Kinderzirkel, das nationale Institut für Sport, Körpererziehung und Erholung, sowie die Revolutionäre Organisation zum Zusammenschluß, die diese revolutionären Aufgaben verwirklichen können.

In Anwendung der durch den Ministerrat als höchsten Vertreter der Interessen des Volkes verliehenen Befugnisse wird deshalb folgendes beschlossen:

Gesetz

Art. 1. Es werden aufgehoben die Kapitel I, II, III, IV, V des Titels VII des Zivilgesetzbuches, die die Institutionen der väterlichen Gewalt und Adoption regeln, wobei die Art. 154—180 vollkommen ungültig werden.

Art. 2. Ebenso werden mit rückwirkendem Charakter die Urteile hinfällig, die auf Grund der Art. 21, 23, 24 und 53 des Gesetzes Nr. 210 vom 10. Mai 1934 gefällt wurden, und zwar in allen Teilen, die diesem Gesetz widersprechen.

Art. 3. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die *väterliche Gewalt* über alle Minderjährigen unter 20 Jahren vom *Staat* bzw. durch von ihm beauftragte Personen und Organisationen ausgeübt.

Art. 4. Jeder Minderjährige bleibt bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres unter der elterlichen Obhut. Danach wird er, zwecks körperlicher und geistiger Erziehung sowie bürgerlicher Ausbildung der Organisation der Kinderzirkel (OCI), einem Organ, das durch dieses Gesetz ermächtigt wird, über diese Minderjährigen zu bestimmen sowie die väterliche Gewalt auszuüben, anvertraut.

Art. 5. Die Organisation der Kinderzirkel wird veranlassen und bestimmen, daß jeder Minderjährige zwischen drei und zehn Jahren in der Provinz bleibt, wo seine El-

tern wohnen. Er darf diese jedoch nicht mehr als höchstens *zwei Tage* monatlich sehen. Nach dem 10. Lebensjahr kann der Minderjährige zwecks weiterer Ausbildung, mit Rücksicht auf die hohen Interessen des Staates, an einen anderen Ort gebracht werden. Das nationale Institut für Sport, Körpererziehung und Erholung (INDER) ist für eine bessere körperliche und sportliche Entwicklung der unter dem Schutz der Organisation der Kinderzirkel stehenden Minderjährigen verantwortlich.

Übergangsbestimmungen

1. Vom Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Gesetzes durch die Gaceta Oficial an wird allen Minderjährigen die Ausreise aus dem nationalen Territorium verboten.

2. Die schwebenden und zur Unterzeichnung bereitliegenden Gerichtsentscheide über Ehescheidungen müssen Art. 1 und 2 dieses Gesetzes berücksichtigen.

3. Die Revolutionäre Organisation zum Zusammenschluß (ORI) wird, spätestens 60 Tage nach Bekanntgabe dieses Gesetzes, eine Registrierung aller Minderjähriger, unter Berücksichtigung des Alters, Geschlechts, Namens der Eltern, Gesundheitszustands und Wohnorts, durchführen.

Schlußbestimmungen

1. Ausgenommen von den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes sind die minderjährigen Kinder der diplomatischen Vertreter des Auslands, die in Kuba akkreditiert sind, außerdem die Kinder der Funktionäre und Angestellten ausländischer Nationalität, die in den Botschaften, Konsulaten und Legationen ausländischer Länder in Kuba beschäftigt sind.

2. Für alle Minderjährigen wird *aller Unterricht*, der auf Religion, Glaubensgemeinschaften oder Sekten basiert, *untersagt*.

3. Es wird für Minderjährige jede Art privaten oder häuslichen Unterrichts untersagt.

4. Die Verletzung der im vorliegenden Gesetz enthaltenen Vorschriften sowie jede Art der Nichtbeachtung werden als konterrevolutionäres Delikt betrachtet und je nach Schwere des Vergehens von den Revolutionsgerichten mit Strafen von 2 bis 15 Jahren Gefängnis geahndet.

5. Es werden alle Bestimmungen ungültig, die im Widerspruch zu dem vorliegenden Gesetz stehen. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1962 in Kraft.“

Aus den Missionen

Daß das **Ökumenische Konzil das Licht des wahren Evangeliums in die nichtchristliche Welt ausstrahlen möge. Missionsgebetsmeinung für Januar 1962**

Zu Pfingsten 1960 forderte Papst Johannes XXIII. in einem eigens von ihm formulierten Gebet die katholische Kirche auf, darum zu beten, daß der Heilige Geist ein Pfingstwunder vollbringen und das Konzil zum Anfang einer neuen Ausbreitung des Reiches Gottes auf Erden machen möge. In dieselbe Richtung weist die Missionsgebetsmeinung für den Monat Januar 1962. Wir sollen beten, daß das Konzil auch die nichtchristlichen Völker in den Lichtkreis des Evangeliums ziehen möge.

Die missionarische Gesinnung

Der naheliegendste Gesichtspunkt dieser Intention ist sicherlich, daß das Konzil als geschichtliches Ereignis durch die Würde seines Verlaufs und durch die Überzeugungskraft

seiner Botschaft auf die nichtchristliche Welt einen starken Eindruck hervorrufen möge. Das Erste Vatikanische Konzil hat das Isaiaswort von dem „Zeichen Gottes, das vor den Völkern errichtet werden wird“ (11, 12), auf die Kirche als ganze bezogen. Wegen ihrer wunderbaren Ausbreitung, außerordentlichen Heiligkeit und unerschöpflichen Fruchtbarkeit an guten Werken, wegen ihrer katholischen Einheit und unbesiegbaren Festigkeit ist sie nach der Lehre des Konzils ein Motiv für die Glaubwürdigkeit ihrer göttlichen Sendung (vgl. Denz. 1794). Wenn das von der Kirche schon in ihrem gewöhnlichen Leben gilt, um wieviel mehr sollte es dann bei ihrer feierlichsten Versammlung zur Wahrheit werden! Aber sogar die Versammlung der Apostel, auf die der Papst angespielt hat, wurde zur Epiphanie der Kirche und zum Ausgangspunkt für eine Wirkung in die nichtchristliche Welt hinein nur durch das Wunder des Heiligen Geistes. Und doch war die Chance des Christentums, menschlich gesprochen, sowohl wegen seiner Neuheit wie auch wegen der Heilbereitschaft der antiken Welt damals wahrscheinlich größer als heute. Um so mehr muß man auf ein Wunder hoffen, wenn man an das künftige Konzil denkt.

Aber die Wunder Gottes vollziehen sich ja zumeist im stillen. So ist auch wohl kaum zu erwarten, daß Gott mit dem Konzil eine eklatante Wirkung hervorbringen und daß das Konzil an und für sich die Welt, zumal die nichtchristliche, phänomenal beeindruckt wird, wenn doch diese Welt nicht einmal durch die apokalyptische Aussicht auf ihre atomare Vernichtung sehr beeindruckt wird. Das stille Wunder könnte eher darin bestehen, daß das Konzil die missionarische Verantwortung und Gesinnung aller Gläubigen auf eine uns noch unbekannt Weise zu wecken oder zu stärken vermag. Wie Christus nach dem ersten Pfingstfest sein Reich durch Menschen und mit menschlichen Mitteln ausbreitete, so könnte ein solcher Impuls auch von dem kommenden Konzil ausgehen, was damals wie heute wunderbar wäre. Wiewohl der Missionsgedanke besonders von den einfachen gläubigen Menschen immer gut aufgenommen und mit sehr viel Opfergeist honoriert wird, wenn sie daraufhin angesprochen werden, muß man im ganzen vielleicht doch zugeben, daß das Anliegen der Weltmission in kirchlich gesinnten Kreisen als eines von vielen katholischen Anliegen behandelt wird. Man hat zwar dabei ein etwas schlechtes Gewissen, doch nur ein Wunder könnte dieses Gewissen in eine wirkliche Bewegung bringen. Mit den Brosamen, die ihm vom Tische der Reichen zufallen, könnte mancher Missionsbischof ein Trauermahl halten!

Die Krise der missionarischen Verantwortung sitzt aber noch tiefer. Es gibt heute viele Katholiken, die den Sinn der Mission nicht mehr einsehen. Warum denn, so hört man sagen, wollen wir durch die christliche Mission die Menschen Asiens oder Afrikas vor Probleme stellen, denen sie schließlich dann doch nicht gewachsen sind? Besteht das Ergebnis dieser Bemühungen womöglich am Ende darin, daß die Elementarschüler der katholischen Missionsschulen die Vollendung ihrer Bildung von Moskau aus empfangen? Nicht wenige gehen sogar noch weiter. Sie sagen, jede aufrichtige Religion könne zum Heil führen. Man solle deshalb nicht daran rühren.

Man pflegt gegen diesen Indifferentismus auf das Wort des Herrn hinzuweisen: „Wer glaubt und getauft wird, der ist gerettet“ (Mark. 16, 16). Aber wenn das Missions-

anliegen in seiner Dringlichkeit nicht anders begründet werden kann als damit, daß alle Menschen, die nicht zum Glauben an Jesus Christus gelangt sind, für immer verlorengehen, dann ist Christus für die Mehrzahl der Menschen in der Vergangenheit und, nach den statistischen Aussichten, auch in der Zukunft umsonst gestorben. Wer wollte das für möglich halten? Man möchte deshalb hoffen und beten, daß das Konzil die Heilsnotwendigkeit der Kirche so darzustellen vermöge, daß diese Glaubenswahrheit im Bewußtsein der Gläubigen als Frohe Botschaft empfunden wird; ist doch Christus als Retter der Welt zu uns gekommen und nicht zum Verderben der Mehrzahl ihrer Bewohner.

Die Aussichten der Mission

Wenn man die Lage der katholischen Weltmission statistisch mißt, ist sie schlecht; denn im Verhältnis zur Zahl der Bewohner unserer Erde nimmt die Zahl der Christen ab. Bei der augenblicklichen Geburtenrate kommen jährlich 8 Millionen Katholiken auf die Welt, dagegen 31 Millionen Nichtchristen.

Ein Vergleich zwischen Katholiken und Nichtchristen auf der Welt ergibt folgendes Bild:

	Einwohner	Nichtchristen	Katholiken
Asien	1 575 592 000	1 525 058 000 (96,8%)	33 444 298 (2,1%)
Afrika	235 255 000	182 533 000 (77,6%)	23 419 112 (10%)
Europa	632 136 000	120 030 000 (19%)	233 086 701 (36,9%)
Amerika	380 085 000	85 632 000 (22,5%)	217 621 150 (57,2%)
Ozeanien	14 111 000	3 468 000 (23,9%)	2 865 392 (20,3%)
	2 837 179 000	1 916 721 000 (67,6%)	510 436 653 (18%)

Nach zweitausend Jahren seiner Geschichte ist das Christentum zwei Dritteln aller Menschen unbekannt oder gleichgültig.

Noch ungünstiger ist das Bild, wenn man die Wachstumszahlen betrachtet. Begnügen wir uns mit zwei Beispielen. In Afrika ist die Zahl der Christen seit der Jahrhundertwende von einer halben auf fast 18 Millionen gestiegen, und sie wächst jährlich um eine halbe Million Neubekehrter; 12,4% der Afrikaner sind katholisch. Doch heißt das keineswegs, wie manche meinen, daß Afrika auf dem Wege wäre, katholisch zu werden. Weit größere Fortschritte macht der Islam, der heute in Afrika schon 85 Millionen Anhänger zählt, das sind 40% aller Bewohner gegen 31% im Jahre 1931. Die Fortschritte der Mission in Afrika, die zumeist so sehr günstig beurteilt werden, beschränken sich in Wirklichkeit auf wenige Gebiete: Kongo, Ruanda-Urundi, Nigeria, Uganda, Kenia; in allen übrigen ist die Zahl der Bekehrungen weit geringer. Noch weniger menschliche Hoffnung bietet Asien. Unter eineinhalb Milliarden Einwohnern ereigneten sich dort in dem Jahr der letzten vorliegenden Statistik (1956/57) nur 170 000 Bekehrungen, und von ihnen entfallen 115 000 auf die fünf Gebiete Südkorea, Taiwan, Indonesien, Süd-vietnam und Hongkong. In den meisten und volkreichsten Gebieten Asiens ist die Zahl der Bekehrungen nur sehr gering.

Die Hilfsmittel der Mission

Daß die personellen und materiellen Hilfsmittel der Weltmission im Vergleich zur Zahl der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden sollte, wahrhaft armselig genannt werden müssen, ist nicht zu ändern, aber auch nicht entscheidend; die Apostel begannen ihr Werk mit

noch viel unzureichenderen Mitteln. Was aber nicht einfach hingenommen werden kann, ist das Mißverhältnis der Kräfte, die in den Missionen eingesetzt werden, im Vergleich zu denen der christlichen Länder. Von etwa 392 000 Priestern wirken nur etwa 33 000 als Missionare in den nichtchristlichen Ländern. Aber auch diese können sich keineswegs ausschließlich oder auch nur hauptsächlich dem Werk der Bekehrung widmen; denn sie haben 40 Millionen Katholiken zu versorgen, und zudem ist ein beträchtlicher Teil von ihnen in Werken indirekter Seelsorge und Mission, vor allem in Schulen, tätig. Die Zahl der Missionare, die ihre Kraft ausschließlich oder überwiegend der Verkündigung des Evangeliums unter den Nichtchristen widmen können, ist erschreckend gering. Es scheint so, als ob es mit der Verkündigung der Frohbotschaft an die Nichtchristen in den Missionsländern nicht viel besser bestellt sei als mit der Bemühung um die Wiedergewinnung der Entfremdeten in den katholischen Gemeinden. Hier wie dort wird die meiste Kraft darauf verwandt, die Schäflein zu umsorgen, die treu und brav den Hirten folgen. Gewiß stehen den Missionaren etwa 146 000 Missionsschullehrer und 100 000 Katechisten zur Seite. Aber auch sie dienen zu einem beträchtlichen Teil der Seelsorge an den bereits gewonnenen Katholiken, zum andern Teil, in den Missionsschulen, der Verkündigung nur in entfernter Beziehung.

Für den materiellen Unterhalt der Missionen in aller Welt geben die Päpstlichen Werke jährlich etwa 33 Millionen Dollar aus. Auch bei Betrachtung dieser Zahl sollte man weniger die absolute Höhe bedenken als das Mißverhältnis in der Verwendung der Gelder, die der Kirche überhaupt zur Verfügung stehen, im Vergleich zu denen, die sie für die Mission aufwendet.

Die missionarische Aufgabe des Konzils

Die Gebetsmeinung des Heiligen Vaters besagt, daß es dem Konzil gegeben werden möge, soweit das möglich ist, die oben in Zahlen ausgedrückten Mißverhältnisse der Kräfte abzustellen. Das liegt zu einem Teil sicherlich im Machtbereich der Hierarchie. Es läßt sich dabei etwa an die systematische Fortsetzung eines Weges denken, der bereits beschritten worden ist: die Herstellung von Patenschaftsverhältnissen zu den Diözesen, Gemeinden und Organisationen in den Missionsländern. Die allzu straffe Institutionalisierung und Zentralisierung des Missionswesens hat neben ihren Vorteilen doch auch den Nachteil im Gefolge, daß es uns fast ganz an persönlichen Beziehungen zu den Missionen fehlt und daß man infolgedessen in dieser Sache wie in anderen allzugern alles den Obrigkeiten überläßt. Denkt man an die persönliche Note der Mission, die uns aus den Briefen des Apostels Paulus entgegenstrahlt, wie weit sind wir doch heute davon entfernt! Aber gerade dieser Gedanke lenkt zurück zum Ausgangspunkt. Das Problem ist mit organisatorischen, ja überhaupt mit menschlichen Mitteln allenfalls ein wenig zu mildern; der Kirche die missionarische Kraft ihrer Urzeiten wiederzugeben, dazu ist ein Wunder notwendig.

**Die Missionsgebets-
meinungen des
Heiligen Vaters
für 1962**

Januar: Daß das Ökumenische Konzil das Licht des Evangeliums auch in die nichtchristliche Welt ausstrahle (Ut Concilium Oecumenicum lucem evangelicae veritatis etiam in mundum nonchristianum diffundat).

Februar: Daß die Leiter der jungen Nationen, bemüht um Gerechtigkeit und Billigkeit, auf das allgemeine Wohl der Völker bedacht seien (Ut studio iustitiae et aequitatis moti novarum nationum moderatores communi populorum bono provideant).

März: Daß in den Missionen die Verkündigung des Evangeliums die Gläubigen durch Sakramentenempfang und Tugendübung zu einem vollkommenen und heiligen Leben führe (Ut evangelii praedicatio in missionibus fideles ad perfectiorem vitae sanctitatem per sacramentorum usum et exercitium virtutum adducat).

April: Daß die Schulfreiheit in den Missionsländern erhalten bleibe oder wiederhergestellt werde (Ut scholarum libertas in terris missionum sustentetur et instauretur).

Mai: Daß die Priester- und Ordensberufe in den Missionen durch eine lebendige eucharistische Frömmigkeit vermehrt werde (Ut per flagrantiorum devotionem erga SS. Eucharistiam sacerdotales et religiosae vocationes in missionibus augeantur).

Juni: Daß durch die Wiederherstellung der wahren Einheit unter den Christen der Weg zur katholischen Kirche, die die Kirche Christi ist, offensichtlich werde (Ut vera unitate inter christianos restituta, via ad ecclesiam catholicam, quae est ecclesia Christi, patefiat).

Juli: Daß religiöse Kunst und Literatur in den Missionen in würdiger und fruchtbarer Weise gefördert werden (Ut religiosae artes et litterae in missionibus digne et fructuose promoveantur).

August: Daß die Kirche in den Missionen, der Eigenart und den Bedürfnissen der verschiedenen Völker entsprechend, ihr Amt als Lehrerin wirksam ausüben könne (Ut ecclesia in missionibus, iuxta indolem et postulata diversarum gentium, suo munere magistrae efficaciter fungi possit).

September: Um mutige Ausdauer in der Verfolgung für alle, die in den Missionsländern wegen ihres Glaubens an Christus und ihres Gehorsams gegen die Kirche leiden (Ut omnes, qui in missionum terris pro fide Christi et obedienciae ecclesiae patiuntur, invicto animo persecutionem sustineant).

Oktober: Für die Ausbildung von Laienmissionaren in Lateinamerika (Pro missionalium laicorum institutione in America Latina).

November: Daß die soziale Lehre und die soziale Tat der Kirche die weniger entwickelten Völker vor der Gefahr des atheistischen Materialismus bewahre (Ut doctrina et actio socialis ecclesiae populos minus exultos a materialismi athei periculo servet).

Dezember: Daß das Evangelium Christi auch unter den islamischen Völkern wirksamer verbreitet werde (Ut Christi evangelium etiam inter mahumedanos populos efficacius diffundatur).

**Die Ausweisung
Erzbischof
Millevilles
aus Guinea**

Am 26. August 1961 mußte Erzbischof Gérard de Milleville von Konakry (Guinea) das Land verlassen. Er dürfte der letzte weiße Bischof des erst 1955

errichteten Erzbistums Conakry gewesen sein. Die Ausweisung des Erzbischofs war der Schlußakt eines langen Kampfes um die Freiheit der Missionsschulen, ja um die Freiheit der Kirche überhaupt, und um das Recht der Kirche, unabhängig zu sein in einem Lande, das dieses Recht leidenschaftlich für sich selbst beansprucht. Die großen Schwierigkeiten des jungen Staates, sich wirtschaftlich

und politisch nach innen und außen zu behaupten, dürften Sékou Touré zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Die Politik Sékou Tourés

Ohne Kommunist zu sein, hat Sékou Touré eine Politik verfolgt, die heute, da man alles in das Schema kommunistisch und antikommunistisch einteilen zu müssen glaubt, als kommunistisch verschrien wird. Dabei handelt es sich hier viel mehr um eine zwangsläufige Entwicklung eines aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen totalitär werdenden Staates als um die Ausführung von Moskauer Befehlen. Sékou Touré will sich von niemandem, auch nicht von den Kremlherren, etwas befehlen lassen. Die Sowjets haben sich längst darauf eingestellt. Ihre Taktik ist eine langsame, behutsame Aushöhlung des jungen Staates durch subversive Tätigkeit im Innern und eine scheinbar großzügige Entwicklungshilfe von außen. Frankreich hat den Sowjets dieses Vorgehen leicht gemacht. Seine Reaktion auf die den Guineern freigestellte Absage an die Communauté schuf das politische, militärische und wirtschaftliche Vakuum, das auszufüllen die Sowjetunion und ihre Satelliten nur allzu gerne bereit waren.

Unter der Parole „Freiheit und Einheit für Guinea“ werden alle politischen Kräfte des Landes in eine Partei, den Parti Démocratique de Guinée (PDG), zusammengefaßt. Jeder, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob konservativ, sozialistisch oder liberal, rechts oder ganz links stehend, hat für die Einheit und nationale Freiheit und Unabhängigkeit mitzukämpfen. Daher die Einheitsgewerkschaft, daher die — allerdings in letzter Zeit wieder etwas gelockerten — Nationalisierungsbestrebungen der gesamten Wirtschaft. Der Freiheit-und-Einheit-Parole sieht sich der Guineer auch in seinen religiösen Bindungen konfrontiert. Ob Mohammedaner, Christ oder Heide — der Guineer hat vor allem Guineer zu sein.

Der Schulkonflikt

So wurden die aus der Kolonialzeit stammenden und von den Franzosen geführten Missionsschulen von Anfang an als Fremdkörper empfunden. Zudem waren diese Schulen nicht nur qualitativ den anderen überlegen, sondern sie standen auch quantitativ in keinem Verhältnis zur Zahl der Katholiken. Bei einem Bevölkerungsanteil von etwas über einem Prozent leiteten die Katholiken 69 Elementarschulen.

Der Schulkonflikt begann am 14. September 1959, als der Parteikongreß des PDG die Übernahme der katholischen Privatschulen durch den Staat nach einer Übergangsfrist von drei Jahren beschloß. Zwar wurde für diese Zeit eine Subventionsregelung getroffen, aber die Gründung und Inbetriebnahme neuer Missionsschulen verboten. Die Bischöfe erreichten damals, daß wenigstens die im Bereich der Missionsniederlassungen gebauten Schulen von der Nationalisierung ausgenommen wurden. Dies bestätigte der Unterrichtsminister noch im November 1960 in einer Rede. Zur Prüfung der einzelnen Fälle wurde eine gemischte Kommission eingesetzt, die aber ihre Tätigkeit nie aufnahm. In einem Schreiben vom 21. Juni 1961 an die Regierung mußten die Bischöfe feststellen, daß bereits 44 Schulen ohne ein Abkommen konfisziert waren. Sie richteten an Sékou Touré den Appell, die Freiheit der Kirche zu garantieren und gemäß der UN-Charta den Eltern die freie Entscheidung bei der Schulwahl für ihre Kinder zu lassen.

In einem Hirtenbrief nahm dann Erzbischof Milleville

am 20. August zu der jüngsten Forderung des Parteikongresses des PDG nach sofortiger Schließung aller noch verbliebenen Missionsschulen Stellung. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die Grundfrage nach der Stellung einer freien Kirche in einem freien Staat zu sprechen und erklärte, daß die Kirche auch in Guinea nicht aufgehört habe, die Schaffung eines einheimischen Klerus zu fördern und in Afrika afrikanisch zu werden. Die Kirche habe auch nicht bis 1961 mit der Ernennung afrikanischer Bischöfe und eines afrikanischen Kardinals zugewartet. Sie habe bei der Akkommodation nie unter äußerem Druck gehandelt und bleibe immer unabhängig. Von ihren Gläubigen fordere sie stets die Erfüllung der Bürgerpflichten, sie habe aber auch von Gott den Auftrag erhalten, die Seelen zu führen und die ewige Wahrheit zu lehren.

Dieser Hirtenbrief hatte schwere Folgen. Zuerst wurde der Erzbischof aufgefordert, den Brief zu widerrufen. Nachdem er vergeblich um eine Aussprache mit Sékou Touré gebeten hatte, erklärte er in einem Schreiben an den Präsidenten nochmals seinen Standpunkt: „Ich habe gewiß gegen den Beschluß, die Missionsschulen zu schließen, Einspruch erhoben. Ich habe aber nicht gesagt, daß die Kirche sich dieser Maßnahme nicht beugen würde. Sie beansprucht nicht das Recht, ihren Willen dem Staat aufzuzwingen, noch ist sie Staat im Staate. Aber der Staat hat seinerseits nicht das Recht, einer religiösen Institution, ob Islam oder Christentum, einen nationalen Charakter aufzuzwingen.“ Am 26. August verließ er als Verbannter das Land.

Im Zusammenhang mit der Ausweisung von Erzbischof Milleville sind noch einige Ereignisse festzuhalten:

1. Im Juni 1961 wurde zwischen Guinea und Frankreich ein Kulturabkommen geschlossen, das die Indienststellung französischer Lehrer in Guinea vorsieht. Sékou Touré zieht es also vor, laizistische Lehrer aus Frankreich zu holen und ihnen doppelte Gehälter zu zahlen, als die Missionsschulen weiter bestehen zu lassen, die ihn nichts oder ganz wenig gekostet haben.

2. Sékou Touré hat vor kurzem erklärt, daß kein einziger katholischer Prälat in seinem Lande akkreditiert wird, wenn er nicht Afrikaner ist, gleich welcher Nationalität.

3. Ende September wurde auch das Knabenseminar von Dixim nationalisiert. Die Schüler wurden alle nach Hause geschickt — wahrscheinlich zur Förderung der Afrikanisierung des Klerus.

4. Die Generalversammlung der Erzbischöfe und Bischöfe der französisch sprechenden Länder Westafrikas gab Anfang Oktober eine Erklärung ab, in der sie die Verletzung der traditionellen Gastfreundschaft bedauern und betonen, daß sie kein einziges Staatsregime verurteilen und daß sie beten, daß Gott der Kirche in Guinea wieder erlaubt, ihre Arbeit für den Frieden und die Glaubensverkündigung fortzusetzen. Die freien Schulen wollen sie so lange führen, bis sie ihnen mit Gewalt genommen werden.

5. Bemerkenswert ist, daß weder über die Besprechung des Apostolischen Delegaten Jean Maury mit Sékou Touré und einigen seiner Minister noch über die Audienz Erzbischof Millevilles bei Papst Johannes XXIII. etwas veröffentlicht wurde.

Anderung der Erziehungsmethoden in den Missionen?

6. Die Frage ist, ob vielleicht von hoher oder höchster kirchlicher Seite an eine Überprüfung der Arbeitsmethoden der Kirche in den Missionsländern gedacht wird. Dazu seien einige Äußerungen, die zwar weder offiziellen noch

offiziösen Charakter besitzen, hier angeführt. So schrieb Edgar Schorer zum Missionssonntag 1961 im Schweizer „Vaterland“: „Der Verlust der Schule erschwert zwar die Verchristlichung, aber er verhindert sie nicht. Neue Formen der Werbung und Berufung müssen ausfindig gemacht werden.“ Der niederländische Ceylon-Missionar P. Haas stellt in einem Beitrag in „Informations catholiques internationales“ (15. 7. 61, S. 3 f. und 28 ff.) fest, daß die vielen und großen Verdienste des katholischen Unterrichtswesens nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß die von den Missionsschulen bis aufwärts zur Universität ausgebildeten Katholiken zwar ausgezeichnete Verwaltungs- und Regierungsbeamte geworden sind, aber sich selten für die soziale Arbeit, die Gewerkschaftsbewegung und die legitimen Unabhängigkeitsbestrebungen ihrer Länder interessiert haben. Sie seien stark verwestlicht, stünden politisch durchweg auf der konservativen Seite und seien im allgemeinen gegen jede revolutionäre Bewegung eingestellt. Sie seien gute Verwalter, aber keine Führer ihrer Völker, keine Männer der Zukunft, sondern der Vergangenheit, die das Ende der Kolonialherrschaft eher betrauert als förderten. Die katholischen Schulen seien in punkto Ausstattung, Disziplin und Prüfungsergebnisse die besten, aber es sei fraglich, ob sie auch Eliten im Sinne der Katholischen Aktion herangebildet haben, die bereit und geeignet seien, ihr Land in die neue Zeit zu führen.

Tatsächlich hat es eine Katholische Aktion in den Missionsländern bis heute kaum gegeben. Die katholischen Laien waren bestenfalls der verlängerte Arm des Klerus. Die Kirche hielt an ihren bewährten Institutionen für ihre caritative und erzieherische Tätigkeit fest und erkannte zuwenig und nicht rechtzeitig die dringende Notwendigkeit, neue Strukturen aufzubauen, um dadurch katholische Laien auf die Arbeit an der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung ihrer Länder vorzubereiten. Deswegen wird es wohl notwendig sein, die traditionellen Institutionen zu überprüfen, veraltete, wenn nötig, fallenzulassen und neue Formen zu suchen, die der Heilsverkündigung in einer völlig neuen Zeit besser entsprechen.

Ökumenische Nachrichten

Zum interkonfessionellen Klima vor Neu-Delhi

Wenn dieser Bericht in die Hände der Leser kommt, ist die 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Neu-Delhi, die am 19. November begann und am 6. Dezember endete, bereits abgeschlossen (vgl. die Meldung über das Programmheft für Neu-Delhi in Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 265 f.). Sie hat in einer neuen Atmosphäre interkonfessioneller Beziehungen stattgefunden, die durch Papst Johannes XXIII. und besonders durch die Gründung des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen geschaffen worden ist. Man wird dann sehen, welche Früchte die Wendung in der ökumenischen Haltung Roms zeitigt hat. Um sie recht beurteilen zu können, soll hier an einigen weiteren Beispielen das neue interkonfessionelle Klima umschrieben werden (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 63, 68 f. und 88—93).

Die römisch-katholische Delegation

Wie erinnerlich, durfte weder an der ersten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Amsterdam 1948 noch an der zweiten Vollversammlung in Evanston 1954 eine von Rom zugelassene Delegation katholischer Theologen teilnehmen. Die in beiden Fällen anwesenden Beobachter

erschieden als private Journalisten. Diesmal dagegen hat das erwähnte Sekretariat des Kardinals Bea fünf Theologen als offizielle Beobachter entsandt. Damit wurde zwar nicht den mancherlei Anregungen entsprochen, daß Rom durch Repräsentanten der Hierarchie oder gar der römischen Kurie, möglichst im Rang eines Kardinals, zu den Gästen in Neu-Delhi zählt — es ist nicht einmal das Sekretariat des Kardinals Bea durch einen seiner Mitarbeiter vertreten —, aber immerhin ist die Entsendung von fünf theologischen Fachleuten ein Novum. Diese sind der mit Msgr. J. W. Willebrands befreundete Dogmatiker Prof. Jan Groot, ferner der bekannte französische Ökumeniker und Kenner für Ostkirchenfragen M.-J. Le Guillou OP von der „Istina“, Paris, der Direktor des Instituts für Sozialordnung in St. Louis (Missouri, USA), Edward Duff SJ, der durch sein Buch über die Soziallehren des Weltrates der Kirchen bekannt geworden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 540 f.), und außerdem zwei von Kardinal Gracias, Bombay, berufene indische Priester, Joseph Edamaran SJ, Provinzial für Kerala, und Ivan Extross, Kanzler der Diözese von Allahabad, Nordindien. Das ist eine verhältnismäßig stattliche Delegation von Sachverständigen.

Sie treffen auch in Indien auf ein vorbereitetes Klima. Ende Oktober fand in Bangalore eine öffentliche Diskussion zwischen ökumenischen und römisch-katholischen Theologen über die Gemeinsamkeiten des christlichen Glaubens statt. Zwei Redemptoristen, P. K. T. Long und P. Finnbar Connolly, vertraten die katholische Lehre, Dr. J. Russell Chandran und Dr. J. Robert Nelson, früher Sekretär von „Faith and Order“, sprachen für den Welt-rat der Kirchen. Den Vorsitz führten abwechselnd der römisch-katholische Erzbischof von Bangalore, Msgr. Thomas Pothacamury, und der Bischof der „Kirche von Südindien“, Dr. N. C. Sargent, Mysore. So wurde vor der Öffentlichkeit des Hinduismus im Rahmen des Möglichen eine gemeinsame christliche Haltung demonstriert. Anscheinend ist so etwas auf dem Missionsfelde, wo ja auch die Unionskirche von Südindien entstand, leichter möglich als in Europa, weil sachlich notwendig.

Andererseits wirft die Audienz, die Papst Johannes XXIII. am 15. November dem Oberhaupt der nordamerikanischen Episcopal Church, Bischof Lichtenberger, gewährte, der sich auf dem Wege nach Neu-Delhi befand, ein neues Hoffnungslicht auf die ökumenische Gesamtlage. Gewiß war der Besuch des amerikanischen Anglikaners beim Papst „nur ein Höflichkeitsbesuch“, der durch das Sekretariat des Kardinals Bea vermittelt worden war, aber er dauerte immerhin 40 Minuten. Auch war Bischof Lichtenberger begleitet von Kanonikus Pawley, der nach dem Besuch des früheren Erzbischofs von Canterbury, Dr. G. Fisher, bei Papst Johannes (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 163 f.) als ständiger „Botschafter“ der anglikanischen Kirche beim Vatikan amtiert. Ob diese sich wiederholenden Fühlungennahmen anglikanischer Kirchenführer zu der Aussage berechtigen, die römisch-katholische Kirche sei zu einem „Verbündeten der anglikanischen Kirche“ im ökumenischen Gespräch geworden, wie Erzbischof Fisher unlängst erklärte, ist freilich noch ungewiss.

Zurückhaltung und Widerspruch

Blättert man allerdings den Bericht des Zentralaussschusses an die Dritte Vollversammlung in Neu-Delhi über die Tätigkeit des Weltrates der Kirchen seit Evanston 1954 durch, der als ein gutgegliedertes Buch mit ausgezeichnet-